

Gedenkstätten Rundbrief



- 3 Forschung & Gedenken
Martin Sabrow

- 13 Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.
Fertigstellung des ersten Bauabschnitts mit multimedialer Lernumgebung und Sanierung und Kommentierung der historischen Orte
Martina Staats

- 23 Der Erinnerungsort Alter Schlachthof auf dem neuen Campus der Hochschule Düsseldorf
Joachim Schröder

- 32 Das Zeitgeschichte MUSEUM der voestalpine AG
Christa Kochendörfer

- 42 Veranstaltungshinweise

- 47 Bundesweites Gedenkstättenseminar:
»Ausstellungsnarrative und Bildungsarbeit zu NS-Täterschaft«
Oranienburg, den 22.–24. Juni 2017

- 52 Literaturhinweise

Titel: Erinnerungsort Alter Schlachthof auf dem neuen Campus der Hochschule Düsseldorf.
Original erhaltener Abstieg in das Untergeschoss der Großviehhalle. Zugang zu Hörstationen und
Digitalem Archiv. Foto: Eric Fritsch/HSD

Forschung & Gedenken. Überlegungen zu einer spannungsreichen Beziehung

Martin Sabrow

Die Spannungslinien, denen ich mit den folgenden Bemerkungen nachspüren will, scheinen auf den ersten Blick gar nicht mehr zu existieren. Längst hat sich neben der akademischen Geschichtsschreibung die Public History als ein anerkannter Zweig des Faches entwickelt, der nicht nur den Geschichtsmarkt mitbestimmt, sondern auch Lehrstühle denominiert und universitäre Studiengänge betreibt. Gedenkstätten haben – in den Worten Habbo Knochs – eine interne Professionalisierung und Selbstwissenschaftlichung durchlaufen, die »Ungleichzeitigkeiten in den Standards« nur mehr als »Konsequenz hochgradig variierender Kapazitäten«, nicht aber als »Unwillen wissenschaftlicher Kontextualisierung« erscheinen lassen.¹ Spätestens mit der Übernahme der drei großen Mahn- und Gedenkstätten der erloschenen DDR – Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück – in die Gedenkstättenförderung des Bundes sind die zeitgeschichtlichen Gedenkstätten der Bundesrepublik zu gleichrangigen Teilhabern eines vielgestaltigen Fachdiskurses geworden, der längst nicht mehr nur an den Universitäten geführt wird. Der von Günther Morsch sogenannte »Hunger nach Geschichte« wird seit den späten 1970er Jahren auch in den großen Geschichtsmuseen befriedigt und ebenso in den vielen Geschichtsvereinen und Geschichtswerkstätten, Lernorten und Dokumentationszentren und eben auch Gedenkstätten der Bundesrepublik.²

Größere sowie in zunehmendem Maß auch kleinere Gedenkstätten haben sich, der heute gültigen Definition entsprechend, neben dem Sammeln, Vermitteln und Gedenken selbstverständlich auch die Forschung zur Aufgabe gestellt.³ Von dieser Zwecksetzung profitieren Zeitgeschichte, Geschichtsdidaktik, Geschichtstheorie und die Geschichtskulturforschung gleichermaßen. Gedenkstätten geben Buchreihen heraus, und sie veranstalten wissenschaftliche Vortragsfolgen und Semesterkolloquien. Ihre Arbeit wird von fachlich dominierten Beiräten begleitet, ihre Einrichtung und deren Präsentation beruht auf der Grundlage von Konzeptionen, die nicht nur in Ravensbrück, Sachsenhausen und Buchenwald, sondern auch in Alt-Rehse und Vogelsang, in Brandenburg und Bautzen mehr oder minder nahtlos an die geltenden Standards der Zeitgeschichte anschließen und in ihrer Ausarbeitung wie Umsetzung mit der Laufzeit von DFG-Forschungsprojekten Schritt halten.

Nirgendwo ist auf dieser Kammhöhe der Betrachtung eine konstitutive Spannung von Forschung und Gedenken auszumachen. Gewiss, Gedenkstätten haben kein Promotionsrecht. Ihre wissenschaftlichen Kräfte arbeiten weisungsgebunden, und ihre fachlichen Äußerungen können einem empörend eingeschränkten Recht auf wissenschaftliche Freiheit unterworfen werden. Die an Gedenkstätten betriebenen Erschließungs- und Dokumentationsvorhaben sind in der Regel anwendungsorientiert – sie erschließen Neuland, das eher empirisch als theoretisch bestimmt ist, und ihre Arbeitsweise lässt sich vielfach präziser als Recherche denn als Forschung bezeichnen. Darüber hinaus sind die Forschungskapazitäten von Gedenkstätten in der Regel mehr als stiefmütterlich ausgestattet, und sie stützen sich in erheblichem Maße auf ehrenamtliche und hobbyhistorische Mitarbeit, was die Einhaltung der wissenschaftlichen Standards vor besondere Herausforderungen stellen kann. Ihre Finanzierung beruht vielfach auf

Drittmitteln, die aus landes- oder bundespolitischer Projektförderung zugewiesen und nicht im akademischen Wettbewerb eingeworben werden. Gedenkstätten besitzen zwar Antragsrecht, aber sie nutzen es – mit wenigen Ausnahmen – bislang kaum. Doch auch die akademische Forschung kämpft mit knappen Stellen und hoher Belastungskonkurrenz, in diesem Fall durch Lehre und akademische Selbstverwaltung. Sie gibt zudem nicht nur laufend promovierte Mitarbeiter an Gedenkstätten ab, sondern konkurriert mit ihnen um öffentliche Ausschreibungen – wie etwa im Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung über »Die Sprache der Objekte«. Die Differenz von historischem Dienstleister und akademischem Elfenbeinturm schwindet, und die Finanzierungsressourcen gleichen sich an, wie die gegenwärtig beherrschende Auftragsforschung zur Aufarbeitung der Bundesministerien und obersten Bundesbehörden zeigt oder die jüngst vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags bewilligte Summe von 30 Millionen Euro zur Schaffung eines Forschungsverbundes »Das Erbe der DDR«.

Wo ist hier eine Spannung von Forschung und Gedenken zu greifen?

Nun sind Gedenkstätten allerdings Orte einer besonderen Geschichte – in ihnen verbinden sich beide Formen der historischen Überlieferung, die Johann Gustav Droysen als Überrest und Tradition voneinander unterschied.⁴ Sie konzentriert sich im Fall der Gedenkstätte auf den Raum der sogenannten »negativen Erinnerung«. So versteht sich etwa die 1974 im Rastatter Schloss eingerichtete »Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegung in der deutschen Geschichte« im Sinne Gustav Heinemanns als Erinnerungsort für die deutsche Demokratiegeschichte und verzichtet in ihrer medialen Präsentation konsequent auf eine Kennzeichnung als Ort des Gedenkens. Gedenkstätten hingegen sind erstens Erinnerungsorte einer unheilvollen Vergangenheit und zweitens Kristallisationspunkte von Opfererfahrung. Die auf dem Obersalzberg und in München zu Ausstellungszwecken hergerichteten Orte der Herrschaft heißen »Dokumentation« oder auch »Dokumentationszentrum«, aber nicht Gedenkstätte, und auch das seit 1979 beziehungsweise 1987 im ehemaligen Gestapogefängnis errichtete NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln »versteht sich als Gedenkort, Lernort und Forschungsort in einem.«⁵ Gedenkstätten sind Friedhöfe, wie Jan Philipp Reemtsma sagt, »wo die Überreste der Verstorbenen, Verkommenen, Ermordeten verscharrt, vergraben, verbrannt, verstreut sind.«⁶ Sie sind fordernde Friedhöfe, die persönliche Leiderfahrung mit politischem Überwindungswillen verbinden, sie sind Orte der stillen Trauer und der lauten Anklage zugleich, Räume der Einkehr in sich selbst und des Appells nach außen.

Dieser Charakter als durch seine Historizität geprägter und durch seine Botschaft bestimmter »Läuterungsraum« im Sinne Volkhard Knigges unterscheidet die Gedenkstätte vom Geschichtsmuseum ebenso wie vom Denkmal. Er sichert ihm seine öffentliche Aufmerksamkeit, und er erzeugt damit tatsächlich jene Spannung zwischen Gedenken und Forschung, die das Thema der diesjährigen Gedenkstättenkonferenz war. Aber worin besteht sie genau?

Die Gedenkstätte als ausgeforschter Ort

Drei mögliche Spannungslinien möchte ich zur Diskussion stellen, und die erste von ihnen bezieht sich auf den Charakter der in Gedenkstätten betriebenen Vergangenheitserschließung. Forschung lebt von der Kontroverse, Gedenkstätten aber haben, so meine These, an Kontroversität entscheidend eingebüßt. Im Geschichtsdiskurs der

Gegenwart trifft die Auseinandersetzung mit der deutschen Diktaturvergangenheit im demokratischen Spektrum der Bundesrepublik auf keinen politischen oder öffentlichen Widerstand mehr; die beunruhigenden Ausfransungen dieses Konsenses am rechten Rand unserer Gesellschaft klammere ich hier aus. Kein Schulleiter würde es noch wagen oder es ihm auch nur in den Sinn kommen, seinen Schulklassen die Fahrt in eine Gedenkstätte abzuschlagen. Und auch der Geschäftsführer einer oberhavelländischen Verkehrsgesellschaft, der sich im Dezember 2016 zunächst weigerte, eine Petition von Günter Morsch für die Verbesserung der öffentlichen Erreichbarkeit der Gedenkstätte Sachsenhausen höflich zustimmend in Empfang zu nehmen, musste eilends einen Termin bei dem zunächst Abgewiesenen erbitten, um das verheerende Echo auf seinen Affront zu mildern und seine eigene Stellung zu retten. Wir leben in einer kathartischen, auf Brechung mit unheilvoller Vergangenheit und Befreiung von schlechten Traditionen ausgerichteten Gedenkkultur. Und wie groß ihre Kluft zu den wieder erwachenden mimetischen Stolzulturen ist, lehren Beispiele nicht nur aus Russland und der Türkei Tag um Tag, sondern zeigt auch die Kulturpolitik unseres Nachbarlandes Polen, wo Direktoren und Mitarbeiter entlassen werden, weil sie jüdische Schamthemen statt nationaler Stolzthemen in den Vordergrund rückten.⁷

In Deutschland hingegen sind von Dachau bis Cottbus die Zeiten vorbei – oder waren es zumindest in den vergangenen 25 Jahren, in denen die Schaffung von Gedenkorten zur Erinnerung an die Verbrechen der beiden großen Diktatorsysteme des 20. Jahrhunderts angefeindet und blockiert wurden. Der Newsletter, den die Stiftung Sächsische Gedenkstätten im Dezember 2016 verschickte, wusste sich in der Mitte der Gesellschaft, als er zum Jahresende auf »spannende, freudvolle, aber auch turbulente Monate« zurückschaute, in denen es gelungen sei, »an authentischen Orten die Opfer politischer Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert zu würdigen, die Erinnerung an die Diktaturvergangenheit wachzuhalten und sie an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben«. In diesem Sinne sahen die sächsischen Gedenkstätten guten Grund, den Jahreswechsel als Zeit »des Rückblicks, der Besinnung und der Vorfreude auf das Kommende« zu begehen, wie der Newsletter mitteilt: »Für die Errichtung der Gedenkstätte Großschweidnitz in der Oberlausitz hat der Bund umfangreiche finanzielle Mittel in Aussicht gestellt – die Stiftung Sächsische Gedenkstätten unterstützt bereits die Grundlagenforschung zur Geschichte der früheren Heil- und Pflegeanstalt Großschweidnitz und zu den dort im Rahmen der NS-»Euthanasie« zu Tode gebrachten Menschen. Bald soll am authentischen Ort an die rund 6 000 Großschweidnitzer Opfer der Massentötungen von Psychiatriepatienten erinnert und über die systematische Vernichtung »lebensunwerten Lebens« im Nationalsozialismus informiert werden.«⁸

In dieser gestalterischen Vorfreude auf die Erinnerung vergangenen Leids ist nichts mehr zu spüren von Konfliktagen der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, die lange Phasen der Vergangenheitsentlastung und Selbstviktimsierung durchlief, bevor sie über verschiedene Anläufe der Tribunalisierung und Bewältigung endlich die seit den 1990er Jahren staatlich geförderte Ära der Vergangenheitsaufarbeitung erreicht hat, in der der Holocaust gleichsam zum negativen Gründungsmythos der Deutschen geworden ist. Die seit den 1980er Jahre entstandenen Geschichtsmuseen blenden die furchtbare Vergangenheit nicht aus, sondern beziehen sie in tragender Weise ein. Das Deutsche Historische Museum hat gerade erst mit Raphael Gross einen neuen Direktor bekommen, dessen wissenschaftliche und museologische Kompetenz dezidiert auf der

deutsch-jüdischen Katastrophengeschichte liegt. Die zuerst 1993 verabschiedete und seither noch erweiterte Gedenkstättenkonzeption des Bundes belässt den Unterhalt von Gedenkstätten in der Verantwortung von Ländern, Kommunen und gesellschaftlichen Gruppen, sieht aber für Erinnerungseinrichtungen von nationaler und internationaler Bedeutung, »die im öffentlichen Bewusstsein exemplarisch für bestimmte Formen der Verfolgung stehen«, eine bundesstaatliche Förderung vor.⁹ Die Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben obliegt heute einem der vier Geschäftsbereiche im 1998 neu geschaffenen Amt des bzw. der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dessen Zuständigkeit unter der Bezeichnung »Geschichte, Erinnerung« ressortintern so bestimmt ist: »Die Gruppe K4 ist für Gedenkkultur – insbesondere den großen Bereichen der Erinnerung an NS-Herrschaft und SED-Diktatur – für historische Museen und Archive im Verantwortungsbereich des Bundes zuständig.«¹⁰

Mit anderen Worten: Die bei Adorno noch vor allem *gegen* den Staat und das staatlich verantwortete »Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie« gerichtete Bewältigungsforderung hat sich ein Halbjahrhundert später zum Handlungsziel *für* den Staat entwickelt.¹¹ Bis hin zur Bundesregierung ist staatliche Politik vom erklärten Gegner zum geschätzten Partner der Aufarbeitung geworden und formuliert mittlerweile als *Maxime* ihres Handelns: »Staat und Gesellschaft sind bei allen Unterschieden zwischen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft verpflichtet, der Verantwortung für die Folgen beider totalitärer Ideologien des 20. Jahrhunderts nachzukommen, an die Leiden der Opfer zu erinnern und das begangene Unrecht aufzuarbeiten.«¹² Adornos bittere Erfahrung, »im Hause des Henkers soll man nicht vom Strick reden; sonst hat man Ressentiment«, hat nicht nur an Gültigkeit verloren, sie ist in ihr Gegenteil umgeschlagen, wenn Bundespräsident Joachim Gauck zum fünfzigsten Jahrestag der Befreiung von Auschwitz feststellte: »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.«¹³

Dachau verbirgt seine NS-Belastung nicht mehr und Cottbus ist stolz auf sein Menschenrechtszentrum. Nicht darauf, dass diese *Maxime* für alle gelten würde, kommt es mir hier an, sondern darauf, dass sie die geltenden Sagbarkeitsregeln definiert. Mit den Lasten des bösen Gestern verknüpfte Schattenorte sind Teil des Geschichtstourismus geworden und die Gedenkstätte ist heute *grosso modo* der Ort einer auserzählten Geschichte. »Man streitet nicht mehr um den Ort, man lebt im Konsens«, pflichtete Reemtsma vor einigen Jahren der Behauptung von Volkhard Knigge bei, dass es heute anders als bis in die frühen 1980er Jahre nicht mehr um das politische *Ob*, sondern nur noch um das ausstellungstheoretische *Wie* der Gestaltung von Erinnerungsstätten an deutsche Verbrechen gehe.¹⁴ Wo Kontroverse in den letzten zwei Jahrzehnten aufflammte, betraf sie nicht mehr wie noch bis in die 1980er Jahre die behauptete Polarität von heller und dunkler Vergangenheit, von den angeblich 988 guten und zwölf schlechten Jahren deutscher Geschichte, sondern die Geltungskonkurrenz von Opfergruppen, wie sie sich insbesondere an den sogenannten Orten doppelter Vergangenheit nach 1989 austrug.

Ob das von sowjetischer Besatzungswillkür und kommunistischer Parteiherrschaft zugefügte Leid dem nationalsozialistischen Verbrechen gleichrangig sei oder nicht, beherrschte die öffentliche Diskussion zeitweilig so stark wie überhaupt die Frage nach der Vergleichbarkeit oder gar Gleichsetzung von erster und zweiter Diktatur auf

deutschem Boden, die in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten der Theorie des Totalitarismus sowie Ernst Noltes These vom Nexus bolschewistischer und faschistischer Herrschaft über viele Jahre hinweg auch die allgemeine Fachdiskussion bewegte.

Mittlerweile sind auch die Verästelungen dieser Konfliktlage bis hin zu der Frage der prozentualen NS-Belastung von SMT-Verurteilten¹⁵ ebenso abgeklungen, wie die Auflehnung gegen die Würdigung des parteikommunistischen Widerstands gegen das NS-Regime, die nach 1990 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin zur Forderung nach Abhängung der Porträts von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht geführt hatte. Die »Vieldeutigkeit konkurrierender Interpretationen und Praktiken«, die wie alle historischen Orte auch Gedenkstätten als verdichtete Handlungsräume einstigen Geschehens darstellen, ist heute in »eine auffallende ähnliche Gesamtgestalt« eingebunden, wie ein Beteiligter beobachtet hat.¹⁶ Und diesem Trend folgt auch die an Gedenkstätten betriebene Forschung: Die Er- und Überarbeitung von Dauer- und Wechselausstellungen ist heute stärker den Imperativen der Vertiefung und Vervollständigung verpflichtet, aber weniger der kontroversen Thesenbildung und der Infragestellung gewohnter Sicht- und Deutungsweisen.

Gleiches gilt meinem Eindruck nach auch für die Forschungsliteratur im engeren. Doch auf der anderen Seite: Wie überschaubar ist auch in der akademischen Geschichtsschreibung der Prozentsatz fachlicher Arbeiten, die bisheriges Wissen wirklich substantiell in Frage stellen? Noch muss wohl offenbleiben, ob auch die Gedenkstättenforschung an den spürbaren Paradigmenwechsel von der Nachgeschichte der lastenden Vergangenheit hin zur Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen anschließen kann, auf den sich die Zeitgeschichte in unserer Zeit hinzubewegen scheint. Oder wird sie sich im Weiteren dauerhaft mit der »Detaillierung des komplexen Sachwissens über die einzelnen Orte« von NS-Herrschaft und SED-Diktatur begnügen, die als gegenwärtige Tendenz der NS-Gedenkstätten als Orte der Zeitgeschichte konstatiert worden ist?¹⁷ Wenn sie sich dauerhaft mit Letzterem begnügt – diese Prognose möchte ich wagen – wird die Spannung zwischen Forschung und Gedenken in der Gedenkstättenarbeit in Zukunft vermutlich eher wachsen als schwinden, dann droht sie zu einer mehr und mehr ritualisierten Bekanntmachung mit dem gesicherten und allgemein akzeptierten Basiswissen der deutschen Geschichtserzählung in der Gegenwart zu werden.

Authentizität als Mythos

Dennoch: Dass die historische Aufklärungserzählung sich gesellschaftlich durchgesetzt hat, ist zunächst ein Erfolg und keine Bedrohung. Aber handelt es sich überhaupt noch um historische Aufklärung, geht es in der Gedenkstättenforschung und -vermittlung noch um Theodor Adornos Forderung an eine gelingende Aufarbeitung von 1959, »dass man das Vergangene im Ernst verarbeite, seinen Bann breche durch helles Bewusstsein«?¹⁸

Die besondere Anziehungskraft von Gedenkstätten beruht nicht zuallererst auf der Tiefe der Einsicht, die sie vermitteln, sondern in der Aura des Ortes, den sie erschließen – ihr Alleinstellungsmerkmal liegt nicht im nur dort abrufbaren Wissen über die Vergangenheit, sondern in der Hoffnung auf möglichst unmittelbare Begegnung mit ihr. Professionelle Begleiter von Gedenkstättenfahrten zu Orten des NS-Terrors wissen von der immer gleichen Hoffnung der Teilnehmer, dort »zu sehen, wie das damals wirk-

lich war«, und sie berichten von der empfundenen Selbstverständlichkeit, mit der die Besucher die Sakralität des Ortes als »emotionale Freizone« der anschließenden kathartischen Erschütterung anerkennen: »Ich habe noch nirgends so viele Männer emotional überwältigt gesehen wie in Gedenkstätten, und ich habe noch nie Gruppen beobachtet, die so sehr darum bemüht waren, solche Ausbrüche völlig normal zu finden.«¹⁹

Die Geschichtswissenschaft weiß es natürlich besser. »Authentizität« ist eine kulturelle Vorstellung und kein Faktum, sie lässt sich nicht immer nur als Zuschreibung fassen, nicht als Eigenschaft, sondern nur als Ausdruck einer Beziehung zwischen Gegenstand und Betrachter. Auch Gedenkstätten sind gemachte Orte, die Phasen des Verschwindens, der Wiederentdeckung, der Gestaltung und Inszenierung durchlaufen haben. Sie sind nicht authentische Orte, sondern historische, und Authentizität – wenn der Begriff überhaupt aus der Quellensprache in die fachliche Bewertung übernommen werden kann – können sie allein in der Sichtbarmachung ihrer einzelnen verschiedenen zeitlichen Bedeutungsschichten erlangen.

Aber können Gedenkstätten sich der gesellschaftlich verbürgten Aura ihres Ortes frontal entgegenstellen? Der Besucher darf nicht verwirrt werden, postuliert etwa Hartmut Dorgeloh, Stiftungsdirektor der Preußischen Schlösser und Gärten, immer wieder. Wer das Schloss Charlottenburg aufsucht, der will die Illusion leben, dass es ein friderizianischer Barockbau sei und kein Nachkriegsgebäude, dessen Decken wegen eines Messfehlers in den 1950er Jahren um mehr als einen Meter zu tief nachgebaut wurden. Gedenkstätten argumentieren primär nicht ästhetisch, sondern historisch, und sie verwenden wie im Fall der Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn oder des Grenzlandmuseums Eichsfeld viel Mühe darauf, die erneuerten und nachgebauten Linoleumbeläge und Terrazzoböden der einstigen Abfertigungsanlagen von den originalen Überresten farblich abzusetzen. Die eine wie die andere Einrichtung handelt so, um die Authentizität des Unversehrten in größtmöglicher Akkuratess und Eindringlichkeit zur Geltung kommen zu lassen – und um daraus moralischen wie touristischen Gewinn zu ziehen: Das Grenzlandmuseum in Eichsfeld wirbt damit, dass seine »Grenzsperre und Sicherungsanlagen an authentischer Stelle« zu sehen sind.²⁰ Der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts appelliert in Marienborn an die Aura des Ortes: »Erinnerung ist zwar dynamisch. Sie ändert sich fortwährend. Aber auch im Wandel muss es Kontinuität geben. Deshalb sind authentische Erinnerungsorte wichtig. Erinnerung braucht Authentizität.«²¹

Die Gedenkstätte bedient eine Sehnsucht nach unverstellter Begegnung mit der Vergangenheit, um deren Problematik wir als Historiker wissen, auch wenn das Spiel mit der Wahrheit selten so verstörend ans Licht tritt wie im Fall der zwei KZ-Baracken von Sachsenhausen, die 1992 bei einem rechtsextremistischen Brandanschlag ein Raub der Flammen wurden. Erst in der Empörung über den Verlust kam der Öffentlichkeit zu Bewusstsein, dass die Baracken gar nicht aus der NS-Zeit stammten, sondern 1961 als »Museum der Leiden und des Widerstandskampfes des jüdischen Volkes« wieder aufgebaut worden waren. Und nur mit der abermaligen Erneuerung zog die Historizität in die Sprache der Dinge ein und wurden die »Baracken 38 und 39 [...] mit Ausnahme des zerstörten Bereichs mit hohem Aufwand saniert, Brandspuren wie abplatzende Farbreste oder Rauchschwärzungen im Innenbereich dabei bewusst belassen«, wie es in der Begründung zur Auszeichnung des Rekonstruktionsvorhabens mit dem Brandenburgischen Architekturpreis 2003 heißt.²²

Die Gedenkstätte muss sich gegen eine Sehnsucht nach dem Authentischen behaupten, die Aufklärung in Mythisierung verwandeln kann. Diesen Kampf aber kann auch am historischen Ort vielleicht nur ein puristischer Neubau gewinnen wie das NS-Dokumentationszentrum München, dessen Gründungsdirektor Winfried Nerdinger erfolgreich verlangte, »in der künftigen Dauerausstellung keine Gegenstände oder Objekte aus der NS-Zeit zu zeigen. [...] Dramatisierende, inszenierende oder aktiv emotionalisierende Darstellungen sollen bewusst vermieden werden.« Als Nerdinger vor der Frage stand, das Fallbeil, mit dem vermutlich die Geschwister Scholl hingerichtet wurden, in seine Ausstellung aufzunehmen, verweigerte er sich jeder Verneigung vor der Aura des Authentischen: »Ich bezweifle, ob ein solcher Tötungsapparat, mit dem über 1000 Menschen hingerichtet wurden, überhaupt in irgendeinem musealen Kontext öffentlich gezeigt werden kann, ohne dass er eine fragwürdige Faszination oder nur einen Schauerereffekt ausübt.«²³

Diesen Schritt können Gedenkstätten nicht gehen, ohne ihre Bestimmung zu verletzen. In der Bewahrung »authentischer Orte« als »Scharnier oder auch Mittler zwischen Vergangenheit und Gegenwart«, wie Insa Eschebach argumentiert²⁴, sieht die Gedenkstättenpraxis unserer Zeit die entscheidende Richtschnur ihres Handelns, und ihr verdankt sich, mit Detlef Garbe zu sprechen, der Weg der Gedenkstätten »von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur«. ²⁵ Vielleicht kann sich auch das Münchner Dokumentationszentrum in seiner ebenso fachgerechten wie authentizitätsfeindlichen Nüchternheit nur präsentieren, weil es sich an der »authentischen« Stelle des »Braunen Hauses« und damit des einstigen Zentrums der NS-Bewegung weiß.

Kritische Aufklärung und affirmative Sakralisierung

Doch die Herausforderung der Forschung durch das Gedenken reicht noch tiefer. Im Wunsch nach möglichst unmittelbarer Begegnung mit der Vergangenheit, die das Siegel der Authentizität der Altstadtrenaissance ebenso verspricht wie ein Doku-Drama oder selbst der historische Hybridroman, kommt ein Paradigmenwechsel unserer Geschichtskultur zum Ausdruck, der Kritik in Anbetung und Aufklärung in Affirmation zu verwandeln droht. Die besonders seit 1989 inflatorisch gewordene Rede von der erlösenden Erinnerung²⁶, das Verständnis der Gedenkstätte als »Läuterungsraum« und des Wegs zu ihr als »Pilgerfahrt«²⁷, die Verwendung von Sentenzen wie »historische Trauerarbeit« zeugen von einer zunehmend geschichtsreligiösen Aufladung der Vergangenheit, die nicht nur in der geschichtskulturellen Praxis Relikte zu Reliquien macht, sondern auch den Fachdiskurs nicht unberührt lässt. Vielleicht zum ersten Mal im Streit um den angeblichen eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen, den 1996 Daniel Goldhagens Studie über »Hitlers willige Vollstrecker« auslöste, war auch in der Fachwissenschaft die »Glaubensbereitschaft eines willigen Publikums« zu beobachten, wie Hans-Günter Hockerts festhielt, »das – quasireligiös berührt – Goldhagens Buch wie einen Ablass kaufte«²⁸ und damit derselben moralisierenden sowie affektiven Betroffenheitspädagogik huldigte, die nach verbreiteter Auffassung auch unter Gedenkstättenleitern vielleicht im »reflektierten gedenkstättenpädagogischen Diskurs« für überwunden gelten kann, nicht aber in der Praxis ihrer Arbeit.²⁹

Darin wird eine Form der Erinnerungskultur im Zeichen der Aufarbeitung greifbar, in der sich Reflexivität und Religiosität mischen. Indem Gedenkorte die Hoffnung bieten, politisch Verfolgten durch die Darstellung des erfahrenen Leids Genugtuung zu

verschaffen und ihrem Leben einen neuen Sinn zu geben, folgen sie einer Vorstellung von Erinnerung als Erlösung – wie sie in anderer Form als »Heilung durch Wahrheit« in den Versöhnungskommissionen in Südafrika und Lateinamerika zum Ausdruck kamen. In diesem Sinne einer Heilsbotschaft argumentierten Gutachter, um die Gedenkstätte in der ehemaligen Zentrale des Ministerium für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg zu erhalten: »Das Haus 1 [...] verleiht gerade den ehemaligen Opfern und Widerständigen das Gefühl ›nicht umsonst gelebt zu haben‹. Den Spieß ostentativ und symbolisch in der Höhle des Löwen umgedreht und diese nunmehr zivilisiert zu haben, vermittelt ihnen ein Bewusstsein von Stärke, Sinnerfüllung – und Genugtuung.«³⁰

Eine Heilsbotschaft hält die Gedenkstätte aber nicht nur für Geschädigte bereit, sondern auch für jedermann. In der Hoffnung auf ein möglichst unmittelbares Erleben der Vergangenheit kommt der Wunsch zum Ausdruck, das Früher für das Heute verfügbar zu halten, es nicht in die Verlorenheit der Vergangenheit zu entlassen, sondern in seiner Unvergänglichkeit zu bewahren. Ganz im Gegensatz zu dem Bestreben, die traumatisch erfahrene Vergangenheit durchzuarbeiten, um sie am Ende loslassen zu können, versteht sich das der Gedenkstättenarbeit zugrunde liegende Konzept der »Aufarbeitung« ungeachtet der tiefenpsychologischen Konnotation des Begriffs daher als dessen gerades Gegenteil – nämlich als dauerhaften Auftrag zur Erinnerung. Ein solches Verständnis von Vergangenheit, auch von lastender Vergangenheit, nimmt dem Gewesenen seine wichtigste Eigenschaft: die unmittelbare Entrücktheit. In der fortwährenden Aufarbeitung und in einer Erinnerungskultur, die aus der empfundenen Authentizität ihrer Zeugnisse gespeist wird, zeigt sich die Vergänglichkeit der Zeit aufgehoben und in einen gleichsam unsterblichen Erfahrungsspeicher verwandelt, vor dessen Missachtung jener fast kanonisierte Spruch warnt: »Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.«

In solchem Geschichtsdenken scheint mir der drohende Umschlag von kritischer Aufklärung in gläubige Affirmation greifbar. Der aber spaltet Forschung und Gedenken in Wirklichkeit gar nicht zwingend, er stellt sie vielmehr vor eine gemeinsame Herausforderung, wie zuletzt 2015 die von Volkhard Knigge veranstaltete Berliner Konferenz »70 Jahre danach. Historisches Begreifen und politisch-ethische Orientierung in der Gedenkstättenarbeit des 21. Jahrhunderts« in schöner Klarheit zum Ausdruck brachte. Der dort formulierte Appell, Geschichte und Geschichtsbewusstsein nicht auf die Erinnerung zu reduzieren oder gar das Konzept der Erinnerung für den Königsweg kritischen historischen Lernens zu halten³¹, geht Geschichtstheoretiker und Gedenkstättenpraktiker gleichermaßen an. Ihm mit den Mitteln einer vernetzenden Forschung gerecht zu werden, die über die empirische Recherche hinaus anschlussfähig an die konzeptionellen Fragen der Zeitgeschichte bleibt, sollte unser gemeinsames Interesse sein.

Prof. Dr. Martin Sabrow ist Professor für Neueste und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

- 1 Habbo Knoch, Spurensuche: NS-Gedenkstätten als Orte der Zeitgeschichte, in: Frank Bösch/Constantin Goschler (Hg.), Public History. Öffentliche Darstellungen des Nationalsozialismus jenseits der Geschichtswissenschaft, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 190–218, hier S. 216.
- 2 Günter Morsch, Die Bedeutung der kleineren Gedenkstätten für die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Detlev Gause/Heino Schomaker (Hg.), Das Gedächtnis des Landes. Engagement von BürgerInnen für eine Kultur des Erinnerns, Hamburg 2001, S. 12–35.
- 3 »Zu den Kernaufgaben der Gedenkstätte Lager Sandbostel gehört neben der Vermittlung das Sammeln, Bewahren und Forschen zur Geschichte und Nachkriegsgeschichte des Stalag X B. Die Gedenkstätte verfügt dazu über eine Bibliothek und ein Archiv, die auch von Forscherinnen und Forschern genutzt werden können. Auf den links stehenden Unterseiten bieten wir Ihnen einen Einblick in das Archiv, in die Bibliothek und in die Möglichkeiten der Recherche in der Gedenkstätte.« Gedenkstätte Lager Sandbostel, URL: www.stiftung-lager-sandbostel.de/forschung/ (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 4 »Anders als das Mahnmal befindet sich die Gedenkstätte in unmittelbarer Beziehung zum Ort des memorierten historischen Geschehens«. Peter Fibich, Gedenkstätten, Mahnmale und Ehrenfriedhöfe für die Verfolgten des Nationalsozialismus. Ihre landschaftsarchitektonische Gestaltung in Deutschland 1945 bis 1960, S. 6.
- 5 NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, URL: www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/pages/335.aspx?s=335 (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 6 Jan Philipp Reemtsma, Wozu Gedenkstätten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2010), H. 25–26, S. 3–9, hier S. 4.
- 7 »Die nationalkonservative PiS-Partei fordert ohnehin weniger Beschäftigung mit jüdischen Themen: Jaroslaw Kaczynski fordert schon länger, dass die Erziehung »nicht mehr auf Scham« aufbaut, sondern auf Würde und Stolz. Kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Gegenwart ist nicht erwünscht, Patriotismus und Nationalismus gefragt. Kulturminister Piotr Gliński forderte kürzlich mehr Kulturprojekte, die die Polen mit Stolz auf ihre Geschichte erfüllen.« Christiane Peitz/Inga Barthels, Berliner Proteste gegen Entlassung am Polnischen Institut. Eine angeblich »übermäßige Beschäftigung mit polnisch-jüdischen Themen« kostet die Institutsleiterin Katarzyna Wielga-Skolimowska nun ihren Job. Berliner Kulturschaffende sind empört, in: Der Tagesspiegel, 8. 12. 2016.
- 8 Newsletter der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten, Dezember 2016, URL: www.stsg.de/cms/stsg/dezember-2016 (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 9 Die Gedenkstättenförderung des Bundes, URL: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/BKM/2005-11-02-gedenkstaettenfoerderung-des-bundes.html (Aufruf: 5. 12. 2016). Zur Entwicklung der erst mit dem Einigungsvertrag 1991 einsetzenden Gedenkstättenpolitik des Bundes: Frank König, Die Gestaltung der Vergangenheit. Zeithistorische Orte und Geschichtspolitik im vereinten Deutschland, Marburg 2007, S. 59 ff.; Verena Haug, Am »authentischen Ort«. Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik, Berlin 2015, S. 23 ff.
- 10 Die Bundesregierung, Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters. Organisation, URL: www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/BKM/2010-12-28-amt-und-organisation. (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 11 Die Verschiebung der NS-Vergangenheit seit Anfang der 1990er Jahre vom »Entscheidungsproblem« zum Kommunikationsproblem« erörtert instruktiv: Frank König, Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2003, S. 143 ff.
- 12 Die Bundesregierung, Vom Bund geförderte Gedenkstätten, URL: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/BKM/2005-11-02-vom-bund-gefoerderte-gedenkstaetten.html (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 13 Joachim Gauck, Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag, Rede, 27. 1. 2015, URL: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/01/150127-Bundestag-Gedenken.html (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 14 Volkhard Knigge, Gedenkstätten und Museen, in: ders./Norbert Frei (Hg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 378–389, hier S. 383 f.
- 15 Von der Endphase des Zweiten Weltkrieges an bis 1955 in der sowjetischen Besatzungszone sowie anfänglich auch in den besetzten deutschen Ostgebieten von Sowjetischen Militär-Tribunalen (SMT) verurteilte Zivilisten.
- 16 Habbo Knoch, »Ferienlager« und »gefoltertes Leben«. Periphere Räume in ehemaligen Konzentrationslagern, in: Gabriele Hammermann/Dirk Riedel (Hg.), Sanierung, Rekonstruktion, Neugestaltung. Zum Umgang mit historischen Bauten in Gedenkstätten, Göttingen 2014, S. 32–49, hier S. 32 f. u. 43.
- 17 Knoch, Spurensuche, S. 215.
- 18 Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? in: ders., Gesammelte Schriften, Band 10/2, Kulturkritik und Gesellschaft II, hg. v. Rolf Tiedemann unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Frankfurt am Main 1977, S. 555–572, hier S. 555.
- 19 Florian Wenninger, Die Ritualisierung des Gedenkens, in: quart (2008), H. 4, S. 6–8, hier S. 8, URL: www.quart-online.at/pdf/quart_2008_04/q2008_04_06.pdf (Aufruf: 5. 12. 2016).

- 20 Grenzlandmuseum Eichsfeld in Teistungen, URL: www.museumsverband-thueringen.de/museumsverband/museen/museum/grenzlandmuseum-eichsfeld-in-teistungen.html (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 21 20 Jahre Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn/Haseloff: »Erinnerung braucht Authentizität, 14. 8. 2016, URL: www.bundespresseportal.de/sachsen-anhalt/17-sachsen-anhalt/20-jahre-gedenkstaette-deutscheteilung-marienborn-haseloff-erinnerung-braucht-authentizitaet.html (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 22 Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Baracken 38 und 39, URL: www.ak-brandenburg.de/architekturpreis2003/preis06 (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 23 Stephan Handel, Wohin mit dem Fallbeil?, in *Süddeutsche Zeitung*, 13. 1. 2014.
- 24 Insa Eschebach/Andreas Ehresmann, »Zeitschaften«. Zum Umgang mit baulichen Relikten ehemaliger Konzentrationslager, in: Petra Frank/Stefan Hördler (Hg.), *Der Nationalsozialismus im Spiegel des öffentlichen Gedächtnisses. Formen der Aufarbeitung und des Gedenkens*, Berlin 2005, S. 111–120, hier S. 112.
- 25 Detlef Garbe, Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hg.), »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?« *Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten*, Essen 2005, S. 59–84.
- 26 Als Beispiel für viele: »Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung. Ein Begleitheft zum historischen Lehrpfad am ehemaligen KZ-Außenlager Walldorf«, betitelt der Magistrat der Stadt Walldorf-Mörfelden eine von ihm im Jahr 2000 herausgegebene Broschüre über die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen am Flughafen Frankfurt am Main, URL: www.zwangsarbeit-archiv.de/bildung/unterrichtsmaterialien/h00036/index.html (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 27 Iris Hefets, Pilgerfahrt nach Auschwitz, in: *tageszeitung*, 15. 3. 2010. Vgl. Dörte Hein, Virtuelles Erinnern, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2010), H. 25–26, S. 23–29, hier S. 23 f.
- 28 Hans Günther Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2001), H. 28, S. 15–30, hier S. 30.
- 29 Bert Pampel, Rezension zu: Christian Gudehus, *Dem Gedächtnis zuhören. Erzählungen über NS-Verbrechen und ihre Repräsentation in deutschen Gedenkstätten*, Essen 2006, in: *H-Soz-Kult*, 9. 8. 2006, URL: www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-7773 (Aufruf: 5. 12. 2016).
- 30 »Das Haus 1 ist in seiner derzeitigen und zu erhaltenden Struktur ein besonderes Symbol für die »moderne Diktatur der DDR sowie ihre Überwindung in einer »friedlichen Revolution.« Klaus Schroeder u. a., *ASTAK-Gutachten 2001*, zitiert nach Thomas Moser, *Hausbesitzer und Hausbesetzer – Oder: Wem gehört die Stasi-Zentrale?*, in: *Horch und Guck* 42 (2003), S. 44–56, hier S. 49.
- 31 Volkhard Knigge, 70 Jahre danach. Historisches Begreifen und politisch-ethische Orientierung in der Gedenkstättenarbeit des 21. Jahrhunderts. Vortrags-Ms., im Besitz des Verfassers. Vgl. auch: ders., »Das radikal Böse ist das, was nicht hätte passieren dürfen.« *Unannehmbare Geschichte begreifen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2016), H. 3–4, S. 3–9.

Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

FERTIGSTELLUNG DES ERSTEN BAUABSCHNITTS
MIT MULTIMEDIALE LERNUMGEBUNG UND SANIERUNG UND
KOMMENTIERUNG DER HISTORISCHEN ORTE

Martina Staats

Das Projekt Neugestaltung

Seit 1990 besteht die Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Wolfenbüttel. Sie befindet sich am historischen Ort des für den Freistaat Braunschweig zentralen Strafgefängnisses und einer 1937 eingerichteten Hinrichtungsstätte. Das Strafgefängnis war Teil eines vernetzten Systems von Haftanstalten, das über die Reichsgrenzen hinaus reichte. Heute ist die Gedenkstätte ein europäischer Erinnerungs- und Lernort.

Die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel wird bis Ende 2018 mit finanzieller Unterstützung des Landes Niedersachsen und des Bundes mit einem Kostenvolumen von über fünf Millionen Euro grundlegend umgestaltet und erweitert. Ziel der Neugestaltung ist es, ein eigenständiges, forschendes Lernen an den historischen Orten zu ermöglichen. Die besondere Lage der Gedenkstätte innerhalb einer JVA stellt zudem eigene Gegenwartsbezüge her zu Fragen nach der Bedeutung von Justiz, Strafvollzug und Recht.

Am 25. August 2016 wurden der erste Bauabschnitt der Neugestaltung mit der Sanierung und Kommentierung der historischen Orte sowie die Schaffung einer multimedialen Lernumgebung nach zweijähriger Arbeit abgeschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt, Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, würdigte in Anwesenheit zahlreicher Gäste die Neugestaltung als Beleg der »herausragenden gesellschaftlichen Relevanz, die Gedenkstätten als zentrale Erinnerungs- und Lernorte auch mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges noch besitzen«¹.



Historische Aufnahme des Strafgefängnisses Wolfenbüttel mit Blick auf die Hafthäuser I und III und das Hinrichtungsgebäude am linken Bildrand, vermutlich 1941. Foto: Niedersächsisches Landesarchiv Standort Wolfenbüttel – 50 Slg 234 Nr. 36

Das Strafgefängnis Wolfenbüttel – zentraler Tatort im Land Braunschweig Strafvollzug und Hinrichtungen während des Nationalsozialismus

In vielfacher Hinsicht diente das Strafgefängnis Wolfenbüttel als zentrale Haftanstalt im ehemaligen Land Braunschweig der Umsetzung der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Mordpolitik und der Radikalisierung der Justiz und des Justizvollzugs.

Ab 1933 wurden im Strafgefängnis zunehmend Urteile auf Grundlage nationalsozialistischer Sondergesetzgebung vollstreckt. Mit den Verhaftungswellen nach der »Reichstagsbrandverordnung« und der Einführung der »Heimtückegesetzgebung« wurde das Strafgefängnis Wolfenbüttel in den 1930er-Jahren zentrale Haftstätte für politische Gegner der Nationalsozialisten im Land Braunschweig. Von der Einschränkung der bürgerlichen Grundrechte waren zunehmend auch religiöse Gruppen, wie die Zeugen Jehovas, betroffen. Mit der Verschärfung des Paragraphen 175 setzte ab 1935 auch eine verstärkte Verfolgung Homosexueller ein. Im November 1938 wurden alle im Land

Aufnahme des Hinrichtungsraumes mit der Guillotine, vermutlich April 1945.
Foto: Privatbesitz
Tom Goodkind

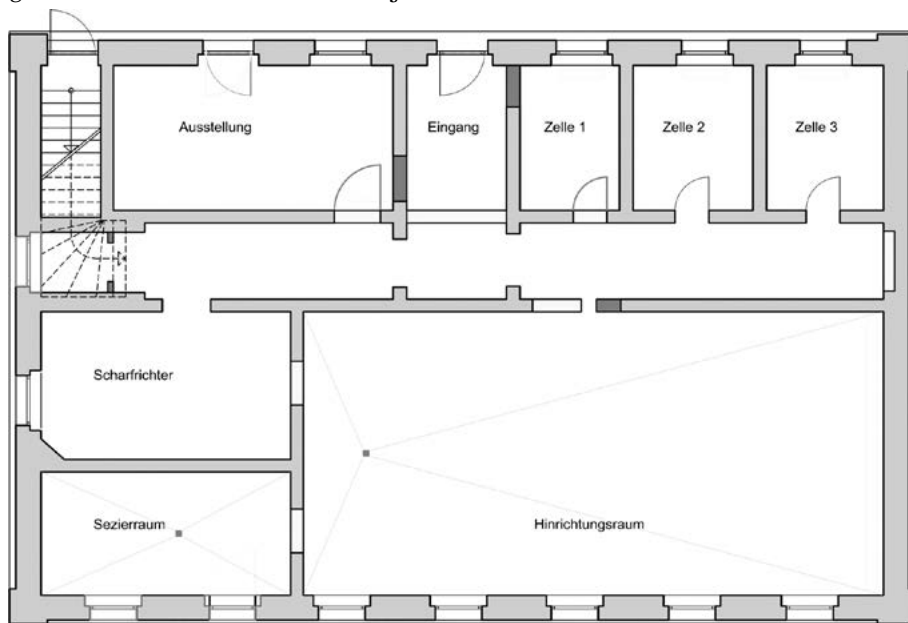


Braunschweig nach der Pogromnacht verhafteten jüdischen Männer vor dem Weitertransport in das Konzentrationslager Buchenwald im Strafgefängnis Wolfenbüttel festgesetzt.

Die zunehmende Einbeziehung der Justiz in den Gesamtprozess von Unterdrückung und Vernichtung nicht nur innerhalb des Deutschen Reiches, sondern seit 1939 auch als Teil der Besatzungspolitik zeigt sich beispielhaft am Strafgefängnis Wolfenbüttel: Unter den bei Kriegsende mehr als 2500 Gefangenen der Strafanstalt war ein besonders hoher Anteil an osteuropäischen Zwangsarbeitern und westeuropäischen Widerstandskämpfern, insbesondere an »Nacht- und Nebel-Gefangenen.« Das Reichsjustizministerium nutzte im Rahmen der Bekämpfung des europäischen Widerstandes das Strafgefängnis Wolfenbüttel als Haftanstalt für über 700 »Nacht- und Nebel-Gefangene« aus Frankreich und Belgien, den Niederlanden und Norwegen. 54 von ihnen wurden nach Verfahren vor dem Volksgerichtshof mit dem Fallbeil hingerichtet, über 57 starben in der Haft.

Insbesondere bei Kriegsende spiegelt das Strafgefängnis Wolfenbüttel die mit dem Kriegsverlauf einhergehenden Radikalisierungsstufen der NS-Besatzungspolitik. Seit 1942 wuchs die Zahl polnischer und osteuropäischer Häftlinge, die als Zwangsarbeiter im Reich gegen die repressiven Aufenthalts- und Arbeitsbestimmungen verstoßen hatten. In der Endphase des Krieges wurde das Strafgefängnis Wolfenbüttel Aufnahmeort für Evakuierungstransporte aus den besetzten Gebieten. So wurden bereits im Sommer 1944 mehrere hundert italienische, später auch polnische Strafgefangene über das Strafgefängnis Wolfenbüttel in eigens angelegte Außenarbeitskommandos in der Region verlegt.

Das Strafgefängnis Wolfenbüttel hatte ab 1937 zudem die Funktion einer der zentralen Hinrichtungsstätten im Deutschen Reich übernommen. Neueste Forschungen ergaben die Zahl von mindestens 527 Exekutionen bis zum 15. März 1945, hierzu gehören auch Verurteilte der Militärjustiz.



Grundriss des Hinrichtungsgebäudes mit den eingezeichneten Planungen zum Umbau, 2015.
Abbildung: Staatliches Baumanagement Braunschweig

Gegen Kriegsende kam es zu einem drastischen Anstieg der Todesrate aufgrund von Überfüllung, Hunger und sich epidemisch ausbreitender Krankheiten. Am 11. April 1945 befreiten US-amerikanische Soldaten das Gefängnis.

Am Beispiel des Strafgefängnisses Wolfenbüttel kann somit die weitreichende Beteiligung der deutschen Justiz und des Justizvollzugs an der Durchsetzung, Aufrechterhaltung und Radikalisierung der NS-Herrschaft nachvollzogen werden. Unter britischer Besatzung wurden die Gebäude weiterhin als Gefängnis und bis 1947 als Hinrichtungsstätte verwendet. Bis heute wird das Areal als JVA genutzt.

Das Projekt Neugestaltung

Die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel wird seit 2012 grundlegend umgestaltet und erweitert.² Ein erstes Teilprojekt, »Justiz und Verbrechen im Nationalsozialismus: Strukturen und Biografien«, wurde von März 2012 bis Februar 2013 mit der Realisierung der temporären Ausstellung »1933 und das Recht« und einer umfangreichen Material-

erfassung abgeschlossen. Grundlage für den anschließenden Projektabschnitt von 2014 bis 2016 war eine bauhistorische Untersuchung und dem Vorliegen einer baufachlichen Studie. In den Jahren 2014 bis 2016 wurde der Rückbau der ehemaligen Hinrichtungsstätte als Gedenkort und Großexponat, die Ausstellung historischer Haftzellen sowie die Erarbeitung einer interaktiven, multimedialen Lernumgebung umgesetzt. Bis 2018 wird die Gedenkstätte um einen Neubau mit einer neu erarbeiteten Dauerausstellung und weiteren multifunktionalen Räumen erweitert.

Die Umgestaltung der ehemaligen Hinrichtungsstätte zu einem Gedenkort und Großexponat

Der zentrale Ort der Gedenkstätte, das ehemalige Hinrichtungsgebäude, war bis 2015 nur in Teilen zugänglich. Erst mit Abschluss der Arbeiten 2016 wurde der historische Grundriss des Gebäudes im Erdgeschoß wieder erkennbar.

Glasstelen mit den Namen der 527 Hingerichteten im ehemaligen Hinrichtungsraum, 2016.
Foto: Jesco Denzel, Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel



Das in den Jahren 1937/38 zur Hinrichtungsstätte umfunktionierte Gebäude wurde im Zuge der Erweiterung der Strafanstalt Wolfenbüttel um 1875 als eingeschossiges Wirtschaftsgebäude (»Oeconomiegebäude«) errichtet. Mit der Umwandlung in eine Hinrichtungsstätte wurden umfangreiche Umbaumaßnahmen vorgenommen. So wurde das Erdgeschoss für die Durchführung von Hinrichtungen eingerichtet und ein Stockwerk sowie ein Glockenturm mit integrierter Turmuhr aufgesetzt. 1948 wurde im Auftrag der Gefängnisleitung eine Desinfektionsstation (»Entlausungsanlage«) in den Räumen der ehemaligen Hinrichtungsstätte eingerichtet. In den darauffolgenden Jahren wurde das Gebäude immer weiter überbaut. In den Plänen des Gefängnisses wird die Umnutzung deutlich: »Schusterei« (1948), »ehem. Schlosserei« (1958), »Schneiderei« (1961, 1964) oder schlicht »Werkstatt« (1962). In den 1980er-Jahren verhinderten öffentliche Proteste von engagierten Bürgern und ehemaligen westeuropäischen Widerstandskämpfern den Abriss des Gebäudes und führten schließlich 1990 zur Einrichtung einer Gedenkstätte im Erdgeschoss des Gebäudes.

Im Rahmen der Neugestaltung wurde das Erdgeschoss des ehemaligen Hinrichtungsgebäudes als Gedenkort und Großexponat baugeschichtlich erschlossen, saniert und auf den architektonischen Grundriss vor 1945 zurückgebaut. Die ehemalige Hinrichtungsstätte veranschaulicht die Vollstreckung von Todesurteilen als Leitthema an diesem Ort. Ausgangspunkt für die Neukonzeption war, das Gebäude unter Erweiterung auf das gesamte Erdgeschoss als begehbares Großexponat zu erschließen. Das Obergeschoss verbleibt in Nutzung durch die JVA Wolfenbüttel. Als historische Referenzebene wird die Zeit 1943–45 zugrunde gelegt, die aus einem Umbauplan von 1948 sowie aus Fotografien von April 1945 ablesbar ist.

Nach dem architektonischen, bauhistorischen Um- und Rückbau ist das Gebäude wieder durch den historischen Eingang betretbar und die ursprüngliche Raumstruktur wieder erkennbar. Dazu wurden später eingebaute Wände entfernt und originale Türdurchbrüche wieder hergestellt. Im ehemaligen Hinrichtungsraum legten Bauhistoriker



Blick in den ehemaligen Hinrichtungsraum mit dem ursprünglichen Standort der Guillotine. Foto: Jesco Denzel/Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

am Standort der Guillotine die Reste der Verankerung (Haltebolzen) und des Abflusses frei. Mit einer aufgelegten Glasplatte werden die Freilegungen zukünftig geschützt.

Der zentrale Ort des Gebäudes ist der Raum, in dem die Hinrichtungen stattfanden. Dieser Raum übernimmt insbesondere für die Familienangehörigen der Hingerichteten eine wichtige Gedenkfunktion. Daher erinnern Glasstelen mit den Namen, Geburtsort und Sterbedatum an die dort zwischen 1937 bis März 1945 Hingerichteten.

Daneben wird ein Faksimile des Hinrichtungsbuches gezeigt, in dem auch die Namen der zwischen Juni 1945 und Juli 1947 Hingerichteten verzeichnet sind. Eine historische Fotografie hilft die historische Raumsituation zu visualisieren. Howard Goodkind, ein amerikanischer Soldat, hatte im April 1945 Aufnahmen von der Hinrichtungsstätte gemacht. Der Charakter des Raumes als Gedenkort wird deutlich, eine Auratisierung jedoch vermieden.

Zentral für die Gestaltung der Räumlichkeiten ist eine zurückhaltende und behutsame Kommentierung des historischen Ortes. Das Gebäude als Exponat zu verstehen

bedeutet daher, keine klassische Ausstellung einzurichten, um die historische Struktur des Ortes nicht zu überzeichnen. Die Bau- und Funktionsgeschichte des Gebäudes wurde anhand weniger raumspezifischer, exemplarischer und aussagekräftiger Exponate thematisiert. »Raumwinkel« und zurückhaltend eingesetzte Ausstellungstafeln erläutern die Raumfunktionen des Großobjektes.

Eingriffe in die historische Bausubstanz wurden so minimal wie möglich, aber immer erkennbar gehalten. Die verschiedenen Zeitschichten der Nutzung wurden belassen und bleiben so für die Besucherinnen und Besucher sichtbar und der historische Ort lesbar.

Über sogenannte Freilegungstrepfen wurden durch Baurestauratoren die historischen Farbanstriche an den Wänden analysiert sowie in einigen Räumen die originalen Bodenbeläge ermittelt. Nach einer Farbanalyse und Feststellung der Farbnutzung der späten 1930er-Jahre wurden an verschiedenen Stellen im Erdgeschoss großflächig

Blick in die Zelle mit
Biografien von in
Wolfenbüttel Hin-
gerichteten, 2016. Foto:
Jesco Denzel/Gedenk-
stätte in der JVA
Wolfenbüttel



sogenannte bauhistorische Zeitfenster an den Wänden freigelegt und in die Gestaltung integriert.

Nach der Umgestaltung sind alle drei ehemaligen Zellen begehbar. In einer besteht nun die Möglichkeit des individuellen Gedenkens. Dafür steht ein Besucherbuch zur Verfügung und es gibt eine Möglichkeit, Erinnerungsgegenstände abzulegen. In einer weiteren Zelle werden Kurzbiografien präsentiert, in denen das persönliche Schicksal der Hingerichteten dokumentiert wird. Die Biografietafeln werden im Turnus gewechselt oder können auf besondere Besuchergruppen abgestimmt werden. Die Halterung ist flexibel gestaltet.

Die letzte der drei Zellen ist am wenigsten bauhistorisch überformt und als Exponatzelle konzipiert: Über Freilegungen an den Wänden und am Fußboden ist hier der Zustand Anfang der 1940er-Jahre dokumentiert.

Sichtbarmachung historischer Haftzellen

In einem der Hafthäuser wurden ferner ehemalige Gemeinschaftszellen zu Gruppenarbeitsräumen umgestaltet. Dabei wurde ein Teil der Räume als Großexponate freigestellt. Die Gemeinschafts- und Arrestzellen liegen im ältesten Teil des Anstaltsgeländes, das im 16. Jahrhundert als Festung Philippsberg errichtet und in den 1820er-Jahren als Hafthaus III ausgebaut wurde.

Auf drei Stockwerken waren neben Beamtenzimmern und Magazinen sog. Stuben (Haftzellen) und Arrestzellen eingerichtet. Die Stuben wurden als Gemeinschaftszellen zur Unterbringung mehrerer Gefangener genutzt. Die Arrestzellen dienten der Umsetzung gefängnisinterner Strafen.

Im Eingangsbereich zu den ehemaligen Gemeinschaftszellen wird die Nutzungsgeschichte der Räume als Haftzellen dargestellt. Eine der ehemaligen Gemeinschaftszellen wurde auch hier als Großexponat freigestellt und ist nur zurückhaltend kommentiert.



In einer ehemaligen, erstmals begehbaren Arrestzelle werden außerdem freigelegte Einritzungen von Gefangenen gezeigt, 2016. Foto: Jesco Denzel/Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Anhand weniger Ausstellungselemente werden NS-Strafvollzug und Haftalltag im Strafgefängnis Wolfenbüttel thematisiert. An diesem Ort wird auch auf die Nachnutzung der Zellen in der frühen Bundesrepublik eingegangen.

Die Erarbeitung einer multimedialen Lernumgebung

In den neu gestalteten Gruppenarbeitsräumen wurde eine multimediale Lernumgebung eingerichtet. Im Mittelpunkt der Bildungsarbeit steht der historische Ort und eine aktive und eigenständige Auseinandersetzung anhand von biografischen Quellen und Dokumenten, die digital und didaktisch aufbereitet wurden. Den Besuchergruppen stehen sieben eigens entwickelte Multi-Touch-Tische sowie verschiedene Präsentationsflächen und -formate zur Verfügung.

Kleingruppen können sich individuell mit historischen Quellenmaterial auseinandersetzen. Alle Dokumente sind Opfern oder Tatbeteiligten zugeordnet. Jede Quelle, ob Dokument, Bild oder Audio/Video-Einheit steht für sich allein, ist jedoch durch

vertiefende Informationen, weitere Quellen oder zugehörige Personen kontextualisiert. Diese Beziehungsstruktur zwischen den Materialien ermöglicht verschiedene Zugänge und Such-Filter für ein entdeckendes Lernen. Die Datenbankbasierte Software erlaubt den Guides zudem im Vorfeld gruppenspezifische Inhalte und Aufgaben zusammenzustellen.

Über zwei große Projektionsflächen können Ergebnisse der Gruppenarbeit vorgestellt und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Hierbei entsteht Raum für Diskussion und Gespräch zu den hier verhandelbaren Fragen nach Recht und Unrecht im Nationalsozialismus. Die Benutzung der Tische selbst ist intuitiv angelegt und folgt den Alltagsgewohnheiten aus dem Umgang mit Smartphone und Tablet. Sie richtet sich an Besucher aller Altersklassen.

Die Arbeit mit der multimedialen Lernumgebung ist eingebunden in die Führungskonzeption der Gedenkstätte. Anknüpfend an den Rundgang durch den historischen

In den Multi-Touch-Tischen sind weiterführende Quellen und Dokumente der Geschichte des Strafgefängnisses abrufbar, 2016. Foto: Jesco Denzel/Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel



Ort kann an den Multi-Touch-Tischen bereits Gehörtes wiederaufgegriffen und vertieft werden. Zudem wird die digitale Arbeit durch weitere Methoden der Gedenkstättenpädagogik ergänzt. Über die Arbeit mit Bildern und Zitaten, einem Zeitstrahl oder Auszügen aus NS-Verordnungen wird Selbst-Erarbeitetes in einen Gesamtkontext gestellt. In einer intensiven Auseinandersetzung mit Lebensschicksalen von Opfern und Biografien von Tatbeteiligten finden die Besuchenden einen eigenen Zugang rund um das Thema Justizgeschichte im Nationalsozialismus am Beispiel des Strafgefängnisses Wolfenbüttel.

Neubau mit einer Dauerausstellung

Nach Abschluss des ersten baulichen Teilprojektes erarbeitet das Projektteam nun eine neue Dauerausstellung, die in einem noch zu errichtenden, frei zugänglichen Neubau gezeigt werden wird. Ausgangspunkt der Neugestaltung ist die besondere Funktion des Strafgefängnisses Wolfenbüttel im Verfolgungssystem des Nationalsozialismus, als Ort,

an dem sich das verbrecherische Wirken der Justiz am Strafvollzug, an der Inhaftierung von besonderen in- und ausländischen Gefangenengruppen und an der Funktion als zentrale Hinrichtungsstätte in Norddeutschland beispielhaft darstellen lässt.

Außerdem wird eine der ehemaligen Zellen im Hafthaus I (»Graues Haus«), in denen zum Tode Verurteilte, die auf ihre Hinrichtung warten mussten, als begehbare Außenexponat gestaltet. Zelle 27 ist eine von mehreren sogenannten Todeszellen, die im Zuge der Einrichtung der Hinrichtungsstätte im Strafgefängnis Wolfenbüttel 1937/38 aus bereits vorhandenen Zellen im Hafthaus I (»Graues Haus«) umgebaut wurden. Sie verdeutlicht exemplarisch die Einbindung des Strafgefängnisses Wolfenbüttel in die Bekämpfung des europäischen Widerstands sowie zugleich die Radikalisierung und Entgrenzung der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik mit Beginn des Zweiten Weltkriegs. Für die Funktion als Todeszelle wurden doppelte Zellentüren eingebaut und die Türdurchgänge vergrößert. Bis 2015 wurde die Zelle als regulärer Haftraum



In den multi-medial ausgestatteten Gruppenarbeitsräumen können Arbeitsergebnisse über zwei große Präsentationsflächen präsentiert und diskutiert werden, 2016. Foto: Jesco Denzel/ Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

im Justizvollzug genutzt. Im Zuge der in Haus I geplanten Sanierungsarbeiten wird die Zelle von der JVA Wolfenbüttel an die Gedenkstätte übergeben.

Martina Staats ist Historikerin. Sie leitet die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel und das Neugestaltungsprojekt der Gedenkstätte.

Infos zum Neubau

Der Blog »neu gestalten« [blog.neugestalten-gwf.de] informiert regelmäßig über Neuigkeiten und Ergebnisse aus der Projektarbeit. Hier ist auch die Möglichkeit gegeben, über die zukünftige Arbeit der Gedenkstätte ins Gespräch zu kommen. Eine Kommentarfunktion unter den Texten ermöglicht es, zum Projektteam Kontakt aufzunehmen und Anmerkungen oder Fragen zu hinterlassen.

Gesamtleitung: Dr. Jens-Christian Wagner

Projektleitung: Martina Staats

Konzept: Prof. Dr. Habbo Knoch (bis 2014), Martina Staats

Projektkoordination: Gerald Hartwig, Astrid Homann

Wissenschaftliches Projektteam:

Anett Dremel (Lernumgebung mit Multi-Touch-Tischen),

Leon Kloke (Recherchen), Dr. Thomas Kubetzky (ehem. Hinrichtungsstätte),

Stefan Wilbricht (Lernumgebung mit Multi-Touch-Tischen)

Ausstellungsgestaltung und Grafik:

Hinz & Kunst Graphische Werkstatt und Verlag GmbH, Braunschweig

Software-Entwicklung: P.medien GmbH, München

Schüler der Integrierten Gesamtschule Wallstraße in Wolfenbüttel erläutern der niedersächsischen Kultusministerin Frauke Heiligenstadt die Funktionsweise der Multi-Touch-Tische, 2016. Foto: Verena Sohns/Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel



- 1 Rede der niedersächsischen Kultusministerin Frauke Heiligenstadt anlässlich der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts der Neugestaltung, 25. August 2016.
- 2 An der Neugestaltung sind zahlreiche Institutionen und Ministerien beteiligt. Hervorzuheben ist neben den niedersächsischen Ministerien für Kultur, Finanzen und Justiz besonders die Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Baumanagement Braunschweig, der JVA Wolfenbüttel sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege. Bereits Ende 2011 wurde eine Internationale Expert/innen-Kommission zur Neugestaltung der Gedenkstätte konstituiert, die dem Projektteam beratend und impulsgebend zur Seite steht.

Der Erinnerungsort Alter Schlachthof auf dem neuen Campus der Hochschule Düsseldorf

Joachim Schröder

Im Frühjahr 2016 wurde der neue Campus der Hochschule (früher: Fachhochschule) Düsseldorf im Stadtteil Derendorf eröffnet. Auf dem Gelände befanden sich zuvor eine Brauerei und von 1899 bis 2002 der ehemals städtische Schlachthof, der Ende der 1990er-Jahre privatisiert worden war, aber bald darauf Insolvenz anmelden musste. Danach verwaiste das Schlachthofgelände, die meisten Gebäude wurden abgerissen, lediglich zwei blieben erhalten: die Pferdeschlachthalle (die zu einem Studierendenzentrum umgebaut wird) und die frühere Großviehmarkthalle. Sie besteht aus einem älteren Gebäudeteil mit einer Stahlfachwerkkonstruktion aus der Entstehungszeit des Schlachthofs (1899) und einem Erweiterungsbau, der 1934 errichtet wurde. Sie sind typische Beispiele für die damalige Industriearchitektur und stehen deshalb seit 1999 unter Denkmalschutz.

Der städtische Schlachthof als Deportationssammelstelle

Die ehemalige Großviehmarkthalle ist aber aus anderen Gründen ein bedeutender historischer Ort. Während des Weltkriegs diente sie als Deportationssammelstelle für die jüdische Bevölkerung des gesamten Regierungsbezirkes Düsseldorf. Fast 6 000 Männer, Frauen und Kinder mussten sich hier auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei in den Jahren 1941 bis 1944 zu insgesamt sieben Deportationen einfinden.¹ Bewacht von Schutzpolizisten kamen sie in größeren Gruppen aus den umliegenden Städten, per Zug, Straßenbahn oder LKW bzw. zu Fuß, wenn sie in Düsseldorf lebten. Im Schlachthof angekommen, wurden die Menschen registriert. Sie mussten Erklärungen unterzeichnen, mit denen sie ihr verbliebenes Eigentum dem deutschen Staat übereigneten, hierfür waren eigens Gerichtsvollzieher vor Ort. Danach wurde ihr Gepäck von den anwesenden Kripo- und Gestapobeamten durchsucht, nicht selten wurden sie dabei noch weiter ausgeplündert. Anschließend mussten sie die Nacht in der Halle verbringen, was besonders in den Wintermonaten November und Dezember 1941 eine Tortur war. Am folgenden Morgen wurde die zumeist etwa 1000 Menschen umfassende Gruppe unter Bewachung von Schutzpolizei, Gestapo und SS oder Wehrmacht – vor aller Augen – zum nahe gelegenen Güterbahnhof Derendorf eskortiert. Von hier aus wurden sie zum vorgeblichen »Arbeitseinsatz im Osten« verschleppt, tatsächlich in die Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager im besetzten Osteuropa.



Frontalsicht des Gebäudes/Querschnitt (Entwurf Eric Fritsch, Februar 2015)



Die Großviehhalle des früheren städtischen Schlachthofs – während des Zweiten Weltkrieges Deportationssammelstelle für fast 6000 Juden aus dem gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf. Im Eingangsbereich: der Erinnerungsort Alter Schlachthof.
Foto: Eric Fritsch/HSD

Der erste Transport mit 1003 Menschen ging am 27. Oktober 1941 ins polnische Łódź, das die deutschen Besatzer in »Litzmannstadt« umbenannt hatten. Im dortigen Ghetto waren bereits auf engstem Raum 160 000 Menschen eingesperrt. Die Lebensverhältnisse waren katastrophal, auf Flucht stand die Todesstrafe. Wer arbeiten konnte, musste Zwangsarbeit leisten, wer zu alt oder zu schwach war, wurde »ausgesiedelt«, also in ein Vernichtungslager oder eine Hinrichtungsstätte deportiert und ermordet. Schon im November und Dezember 1941 folgten weitere Deportationen in die Ghettos von Minsk² und Riga, im April 1942 in das »Transitghetto« Izbica und im Juli 1942 zwei Deportationen nach Theresienstadt. Im September 1944 folgte die letzte Deportation von etwa 250 in »Mischehe« lebenden Juden und von »Mischlingen« in Arbeitslager der Organisation Todt in Lenne und Zeitz. Nach vorsichtigen Schätzungen haben etwa 300 Menschen ihre Deportation überlebt.

Dass die Gestapo ausgerechnet den Schlachthof als Sammelstelle für die Deportationen nutzte, hatte vermutlich eher pragmatische Gründe: die Nähe zum Güterbahnhof, die Verfügbarkeit einer großen, leicht zu überwachenden Halle, zudem in städtischem Besitz. Doch es ist belegt, dass die symbolische Bedeutung schon damaligen Gestapo-Beamten unvorteilhaft erschien, sodass in manchen Dokumenten verschleiern »Rather Str. 23« als Sammelstelle angegeben wurde und nicht »Schlachthof«. Welche Gefühle die Verfolgten beim Betreten der Halle bewegten, lässt sich erahnen. Vielen wurde schon hier klar, dass es keine Rückkehr geben würde: »Auf dem Schlachthof hat es bei mir »klick« gemacht«, erinnerte sich später Werner Rübsteck, ein Überlebender des Ghettos Riga: »... und dann hat man uns ins Ghetto getrieben.« Der Düsseldorfer Schlachthof war für die Deportierten das Tor in eine andere Welt, geprägt von Hunger, Zwangsarbeit, Misshandlung und Mord.

Die makabre Metaphorik, die dem Ort und Begriff »Schlachthof« innewohnt, sollte nicht die Sicht darauf verstellen, dass die Deportationen, egal von welchem Ort sie



erfolgten, das Ergebnis eines geschickt ausgeklügelten, komplexen, bürokratischen Prozesses waren. An diesem Prozess waren neben der federführenden Gestapo zahlreiche Agierenden aus verschiedenen Behörden und Organisationen beteiligt. Alles wurde »ordnungsgemäß« durch Gesetze und Verordnungen vorbereitet und »durchgeführt«. Die Deportationen blieben auch nicht geheim – neben den ungezählten Beteiligten und Augenzeugen gab es viele Menschen, die von dem geraubten Gut der Verschleppten profitierten, in der Regel wissend, wessen Güter sie da erwarben.

In der Düsseldorfer Stadtgesellschaft gerieten diese Verbrechen schnell in Vergessenheit. Erst 1986 wurde an der Mauer an der Rather Straße, die das Schlachthofgelände umfasste, eine kleine Gedenktafel angebracht, die im Laufe der Jahre mehrfach entwendet wurde. In derselben Zeit (1987) entstand auch die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, die an alle NS-Opfer der Stadt erinnert, wobei dem jüdischen Leben vor und während der NS-Herrschaft eine große Aufmerksamkeit zuteil wird.³ Der historische Ort der Deportation selbst war die ganze Zeit unzugänglich, da der Schlachthof ja bis 2002 in Betrieb war. Auch der Derendorfer Güterbahnhof, von wo die Züge Richtung Osten abfuhr, war lange Zeit unzugänglich. Erst nach seiner Schließung und dem Abriss wurden 2012 eine Gedenkstele und ein Mahnmal errichtet, die an die Deportationen erinnern.⁴

Der Erinnerungsort Alter Schlachthof

In die ehemalige Großviehmarkthalle sind nun Campus IT und Hochschulbibliothek eingezogen. Im Eingangsbereich der Bibliothek, wo zwei Viehabstiege ins Untergeschoss der Halle führten, befindet sich nun der Erinnerungsort. Er hat damit einen zentralen Standort auf dem neuen Campus. Auf wissenschaftliche Bücher, Zeitschriften und andere Lernmittel, die für die alltägliche Arbeit im Erinnerungsort benötigt werden, kann unmittelbar zugegriffen werden. Für die Architekten von Nickl & Partner (Mün-

Blick in die Dauerausstellung »Gesichter und Geschichten«.
Foto: Eric Fritsch/HSD

chen) bestand die Herausforderung darin, diesen denkmalgeschützten historischen Ort sinnvoll und angemessen in ein Konzept für einen modernen Hochschulneubau zu integrieren. Hierbei war übergeordnetes Ziel, einen zentralen Campus zu bilden und dabei bei voller Funktionsfähigkeit eine kleinteilige Stadtstruktur zu entwickeln. Die beiden Bestandsgebäude (Großviehmarkthalle und Pferdeschlachthalle) bilden nun die Endpunkte einer Ost-West-Grünachse. Durch die Kreuzung dieser Achse mit dem übergeordneten Nord-Süd-Grünzug wird der Campus ausgebildet und die Hochschule mit der Umgebung vernetzt.

Mit der Einrichtung des Erinnerungsortes konnte eine jahrelange Forderung verschiedener Akteure der Stadtgesellschaft (an vorderster Stelle die Mahn- und Gedenkstätte, die Jüdische Gemeinde, Agierende der Bezirksvertretung 1 der Stadt und der AStA der Hochschule Düsseldorf) erfüllt werden: dass an diesem Ort an die Deportierten in angemessener und würdiger Weise erinnert wird und dass die hier verübten nazistischen Verbrechen ausführlich dokumentiert werden. Vertretungen der genannten Institutionen begleiteten an einem »Runden Tisch« über drei Jahre die Entwicklung des Projekts. Realisiert werden konnte es mit großzügiger finanzieller Unterstützung der Landeshauptstadt Düsseldorf, des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung Nordrhein-Westfalen, des Landschaftsverbandes Rheinland und den Spenden vieler anderer öffentlicher und privater Organisationen, Stiftungen und Privatpersonen.⁵

Die Lage dieses historischen Ortes, einer Deportationssammelstelle, mitten auf dem Campus einer Hochschule, ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland.⁶ Diese spezielle Lage galt es bei der Erarbeitung des Ausstellungskonzeptes zu berücksichtigen – in gestalterischer wie in inhaltlicher Hinsicht. Von Vorteil war dabei, dass die Hochschule Düsseldorf über eine eigene Forschungseinrichtung verfügt, den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA), der sich seit fast 30 Jahren mit dem aktuellen wie historischen Nazismus beschäftigt.⁷ Mitarbeiter von FORENA waren mit der inhaltlichen Konzeption des Erinnerungsortes betraut. Im »exhibition design institute« (edi – den Fachbereichen Design und Architektur zugehörig) werden Studierende zu Ausstellungsgestaltenden ausgebildet. In einem edi-Seminar wurden die ersten Entwürfe eines Erinnerungsortes entwickelt und von einem Absolventen dieses Seminars, Eric Fritsch (Düsseldorf), stammt der schließlich realisierte Entwurf. Studierende des Fachbereichs Medien gestalteten nicht nur den Web-Auftritt, sondern konzipierten und programmierten auch eine benutzerfreundliche Datenbank, das Digitale Archiv, dem im Ausstellungskonzept eine wichtige Rolle zukommt.

Konzeptionelle Überlegungen

Ebenso wichtig wie die vertiefende Dokumentation der an diesem Ort begangenen Verbrechen ist die Erinnerung an die verfolgten und ermordeten Menschen. Eine wesentliche Aufgabe des Erinnerungsortes besteht darin, ihre Namen und Geschichten zu bewahren bzw. zu erforschen, soweit sie noch nicht bekannt sind. Hierbei ist die überregionale Bedeutung des historischen Ortes zu berücksichtigen: Die Verfolgten stammten aus dem gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf (weshalb sich das Konzept schon in dieser Hinsicht von der hiesigen Mahn- und Gedenkstätte unterscheidet).⁸

Die von hier aus verschleppten und ermordeten Menschen wurden Opfer einer mörderischen Staatsdoktrin, die bestimmte, wer aus rassistischen, sozialen oder poli-



tischen Gründen aus der NS-»Volksgemeinschaft« ausgeschlossen, d.h. eingesperrt oder ermordet wurde. Diesen Ausgrenzungsstrukturen zugrunde liegende Denkmuster wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind noch heute virulent und Ursache für Diskriminierung, Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die Erinnerung an die während der NS-Herrschaft verübten Verbrechen sollte deshalb ein Anstoß zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte, aber ebenso mit Gegenwartsfragen sein.⁹ Diese Auseinandersetzung erfolgt zum einen in der Dauerausstellung selbst, die explizit die Frage nach den Folgen des Nazismus für die bundesrepublikanische Gesellschaft bis in die Gegenwart erörtert. Zum anderen erfolgt sie im Rahmen eines breiten Bildungsangebotes, das sich in gleicher Weise an die Studierenden der Hochschule wie an interessierte BürgerInnen richtet.

Studierende der Hochschule sind nicht allein eine zentrale Zielgruppe der Bildungsarbeit des Erinnerungsortes. Sie wurden, soweit möglich, als Akteure in Planung, Konzeption und Realisierung des Projektes mit einbezogen und sind dazu aufgerufen, sich an der künftigen Arbeit des Erinnerungsortes zu beteiligen. Die Auseinandersetzung mit den Themen des Erinnerungsortes soll – unabhängig vom Fachbereich – zu einem festen Bestandteil des Studiums an der Hochschule werden.

Unsere Erinnerungskultur ist laufend Veränderungen und Modifizierungen unterworfen, schon aufgrund des wachsenden zeitlichen Abstands zu den historischen Ereignissen und dem damit verbundenen allmählichen Verschwinden der ZeitzeugInnen. Eine weitere Herausforderung ist die sich verändernde Zusammensetzung der Gesellschaft, in der der Anteil derjenigen, die über nicht-deutsche kulturelle Hintergründe verfügen, stetig wächst.¹⁰ Auf diese Veränderungen muss die aktuelle Erinnerungskultur reagieren und Wege finden, die universellen Lehren aus den NS-Verbrechen allen verständlich zu vermitteln. Dies spiegelt sich auch im Ausstellungskonzept des Erinnerungsortes wider.

Foto: Octavia Schoplick/HSD

Ausstellen und Dokumentieren – innen und außen

Neben diesen inhaltlichen Erwägungen trägt das Ausstellungskonzept der besonderen Raumsituation Rechnung. Anstelle des vormaligen Zauns und Wellblechdaches, das die Viehabstiege nur notdürftig vor Nässe schützte, wurden auf beiden Seiten eine meterhohe Betonwand und darüber doppelverglaste Galeriefenster eingezogen. Die Viehabstiege selbst sind aufgrund ihrer Steigung (16 %) für Ausstellungszwecke wenig geeignet. Aus diesem Grund wurde in Absprache mit der zuständigen Denkmalbehörde auf der Höhe des Bodens des Erdgeschosses ein begehbare Gitterrost montiert. Entstanden sind so zwei ausstellungstechnisch gut bespielbare, barrierefreie Galeriefügel. Um einen Rundgang zu ermöglichen, sind auf beiden Seiten im Gitterrost Durchgänge geschaffen, durch die man über eine Treppe auf die historischen Viehabstiege und so in das Untergeschoss gelangt, wo sich ein zweiter Eingang in das Untergeschoss der früheren Großviehmarkthalle befindet, das für mobilitätseingeschränkte BesucherInnen auch über einen Aufzug erreichbar ist. Die reine Ausstellungsfläche beträgt lediglich etwa 70 m².

Hinzu kommt, dass der historische Ort in der Stadtgesellschaft wenig bekannt ist. So lag es nahe, eine mehrteilige Ausstellung zu konzipieren und das Außengelände in das Ausstellungskonzept einzubeziehen. Dies geschieht auf zweierlei Weise: Am Campus-Eingang (Münsterstraße) verweist eine Informationsstele, auf der die frühere Gedenktafel aus den 1980er-Jahren montiert und kommentiert ist, auf den schon von hier sichtbaren Erinnerungsort. Unmittelbar vor der Großviehmarkthalle beginnt die Dauerausstellung: Ein von den Eicher-Werkstätten (Kernen im Remstal) realisiertes, vierteiliges Informationspult mit integrierter LED-Beleuchtung liefert in zwei Zeitabschnitten die historischen Hintergründe. Der erste dokumentiert die Ereignisse am historischen Ort vor 1945: die Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung durch die nazistische »Rassenpolitik«, die auch für den Schlachthof spürbare Folgen hatte, den arbeitsteiligen Prozess der Deportation, den weiteren Weg der Verschleppten und ihre Ermordung. Der zweite Abschnitt behandelt die Nachkriegszeit bis zur Gegenwart, erörtert die Folgen und das Erbe des Nazismus, was mit den Überlebenden, mit den Tätern und mit der NS-Ideologie geschah, an die so viele »Volksgenossen« geglaubt hatten.

Im Innenbereich verfolgt die Dauerausstellung »Gesichter und Geschichten« einen biografischen Zugang. Es werden anhand von Fotos, Dokumenten, audiovisuellen Medien und Zeitzeugenberichten Menschen porträtiert, deren Lebensgeschichten mit dem Schlachthof bzw. mit den Deportationen der Jahre 1941–1944 verbunden sind. Auf 132 gleich großen Bilderrahmen (jeweils 22 in drei Reihen auf beiden Seiten) schauen uns Menschen an – bis auf wenige Ausnahmen handelt es sich um Fotografien, die in privaten Zusammenhängen entstanden sind. Sie stammen aus dem gesamten Regierungsbezirk und sind nach den insgesamt sieben Deportationen chronologisch angeordnet. Exemplarisch werden einige in ausführlicheren Kurzbiografien vorgestellt, daneben vermitteln verschiedene Zitate aus Erinnerungen oder anderen historischen Dokumenten O-Töne. Während im linken Seitenflügel ausschließlich Menschen porträtiert werden, die über den Schlachthof deportiert wurden, werden im anderen Seitenflügel jene vorgestellt, die auf andere Weise Opfer der Schoa wurden (es gab noch weitere Deportationen aus dem Regierungsbezirk), auch solche, die vor 1941 das Land verlassen konnten, »legal« oder »illegal«, wobei einigen die Flucht glückte, anderen nicht.



Nur ganz wenigen gelang es, sich den Deportationen durch Untertauchen zu entziehen. Dies war nur möglich, wenn nichtjüdische Menschen Zivilcourage besaßen und halfen – auch solche biografischen Beispiele (wie z.B. Otto und Hulda Pankok oder der spätere Schriftsteller Bernt Engelmann) werden dokumentiert. Von diesen Biografien gestalterisch abgetrennt werden auch TäterInnen, Profiteure und MitläuferInnen aus Schlachthofverwaltung, Stadt- und Finanzverwaltung, Polizei und Gestapo porträtiert – denn auch sie haben Gesichter und ihre ganz eigene Geschichte. Sämtliche Biografien sind ganz individuell und doch exemplarisch und können ausgetauscht werden. Die Bilderahmen-Wand bietet temporär auch Raum für andere Ausstellungsprojekte.

Über den Viehabstieg gelangt man in das Untergeschoss, das bewusst zurückhaltend bespielt ist, sodass die Wirkung des Raums, durch den auch viele der damals Deportierten ins Innere der Halle gelangten, nur wenig gestört wird. An den Wänden sind Zitate von Überlebenden angebracht, die ihren damaligen Weg und ihre Eindrücke wiedergeben. Zwei Hörstationen enthalten ZeitzeugInnen-Interviews mit Überlebenden der Deportationen. Im Zentrum des Erinnerungsortes steht das Digitale Archiv, das als Vertiefungsbereich mehrere wichtige Funktionen erfüllt. Es enthält:

- 1 sämtliche Ausstellungsinhalte des Außenausstellungsbereiches;
- 2 verschiedene Dokumentensammlungen: schriftliche Zeitzeugenberichte, ausgesuchte Themen (Arisierung am Schlachthof, Organisation der Deportationen, Material aus NS-Prozessen etc.), vor allem Informationen über die Zielorte der Deportationen und die (fast vollständig überlieferten) Deportationslisten.¹¹ Damit wird der Großteil der Namen der von hier aus deportierten Menschen dokumentiert.

In den Nächten vor ihrer Deportation legten Eltern ihre Kinder in die Steinträge, zum Schutz vor Schmutz und Kälte. Hieran erinnert der in der Hochschulbibliothek aufgestellte Steintrog. Foto: Eric Fritsch/HSD

3 Die biografische Datenbank: Hier finden sich weitergehende Informationen über alle in der Dauerausstellung porträtierten Menschen, aber auch darüber hinaus. Sie soll zukünftig, im Sinne einer aktiven Erinnerungsarbeit, ständig erweitert werden, um möglichst vielen Verfolgten und Ermordeten Namen und Gesicht wieder zu geben.¹²

Im Bereich der Hochschulbibliothek wird am historischen Ort das einzige Exponat der Dauerausstellung gezeigt: eine Reihe original erhaltener Steintröge. Sie verweisen zum einen auf die frühere Funktion der Halle. Zum anderen sind sie mit einer Erinnerung der Überlebenden Hilde Sherman-Zander verknüpft, die berichtete, wie in den Nächten vor einer Deportation die Eltern ihre Kleinkinder in die Tröge legten, um sie vor Kälte und Schmutz zu schützen. Das entsprechende Zitat ist, gemeinsam mit einem historischen Foto aus dem Innenraum der Halle, an der Wand hinter den Trögen angebracht.¹³

Bildungsarbeit

Die Dauerausstellung wird um ein historisch-politisches Bildungsprogramm ergänzt. Es richtet sich insbesondere an die Hochschulangehörigen, aber auch an Jugendliche in Schule und Ausbildung, Multiplikator/innen sowie die interessierte Öffentlichkeit. Das Bildungsprogramm umfasst Führungen, Informationsveranstaltungen, Workshops, Lesungen und Vorträge zur Geschichte und Bedeutung des historischen Ortes und über die Menschen aus der Region, die in die Ghettos und Vernichtungslager deportiert wurden. Dabei wird auch die Rolle der TäterInnen, ProfiteurInnen und schweigenden ZuschauerInnen kritisch hinterfragt. Seit der Eröffnung des Erinnerungsortes im Februar 2016 werden wöchentlich öffentliche Führungen angeboten; zahlreiche Gruppen, auch mehrere Holocaust-Überlebende und ihre Nachkommen haben die Einrichtung bereits besucht. In den vergangenen beiden Semestern trat der Erinnerungsort mit einer Vortragsreihe (»Erinnern heißt Handeln«) an die Öffentlichkeit, mit Beiträgen zu historischen und aktuellen Themen rund um den historischen Ort. Derzeit werden Seminare und Workshops konzipiert, in denen neben den historischen Themen Gegenwartsfragen wie Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Ausgrenzung und Umgang mit Minderheiten erörtert werden.

Ausblick

Die Erinnerungskultur wird durch unterschiedlichste Akteure geprägt – in Zukunft auch durch Angehörige und Studierende der Hochschule Düsseldorf. Sie wird umso vielfältiger, je mehr Menschen sich an ihr aktiv beteiligen. Der neue Erinnerungsort Alter Schlachthof schließt eine Lücke in der »Erinnerungslandschaft« der Landeshauptstadt und ist derzeit der einzige Gedenkort des Landes NRW, der nicht in kommunaler Trägerschaft betrieben wird. Er versteht sich als eine Ergänzung zur Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, mit der er in regem Kontakt und Austausch steht, und als Bestandteil des Netzwerks regionaler wie überregionaler Erinnerungsorte und Einrichtungen der historisch-politischen Bildung.

Dr. Joachim Schröder, Historiker, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus sowie seit Mai 2013 Präsidiumsbeauftragter und Leiter des Erinnerungsortes Alter Schlachthof an der Hochschule Düsseldorf.

- 1 Es gab noch weitere Deportationen aus Düsseldorf mit insgesamt etwa 2000 Menschen, bei denen aber nicht der Schlachthof als Sammelstelle diente. Darunter waren zwei größere Transporte am 15. 6. 1942 offiziell nach Izbica (sehr wahrscheinlich jedoch in das Vernichtungslager Sobibór) und Anfang März 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Bei beiden Transporten kamen die Deportierten aus verschiedenen Regierungsbezirken bzw. Gestapoleitstellenbereichen. Hinzu kamen noch mehrere kleinere Transporte aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Übersicht in: Bastian Fleermann/Hildegard Jakobs: Düsseldorfer Deportationen, Düsseldorf 2015 (Kleine Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Bd. 5), S. 70f.
- 2 Bei der Deportation nach Minsk (10. 11. 1941) diente der Schlachthof als Sammelstelle für 748 Menschen; weitere 244 stiegen am Hauptbahnhof in Wuppertal zu. Vgl. Fleermann/Jakobs, Deportationen, S. 31.
- 3 Dies zeigt sich vor allem an dem überaus umfangreichen Bestand mit Interviews, Briefen und Fotos früherer Düsseldorfener Jüdinnen und Juden und ihrer Nachkommen im Archiv der Mahn- und Gedenkstätte. Zu ihrer Neugestaltung siehe den Beitrag ihres Leiters Bastian Fleermann: Düsseldorfer Kinder und Jugendliche im Nationalsozialismus, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 180 (12/2015), S. 15–20.
- 4 Das Mahnmal, das bereits im Sommer 2013 mit einem Hakenkreuz beschmiert wurde (ein Täter wurde nicht ermittelt), geriet kürzlich in die öffentliche Kritik, da es vielen als zu klein und zu unauffällig platziert gilt. Vgl. Neue Rhein Zeitung, 8. 10. 2016 (»Mahnmal sollte »spektakulär« sein«).
- 5 Siehe www.erinnerungsort-duesseldorf.de/unterstuetzer.
- 6 Es gibt aktuell nur zwei Hochschulen, die dauerhafte Erinnerungsorte/Ausstellungen mit Bezug auf während der NS-Herrschaft begangene Verbrechen eingerichtet haben: die Ludwig-Maximilians-Universität München (Denkstätte Weiße Rose München) und die Goethe-Universität Frankfurt (wollheim memorial).
- 7 Der frühere Leiter, Wolfgang Dreßen, konzipierte 1998 die bundesweit beachtete Ausstellung über die »Arisierung« (»Aktion 3 – Deutsche verwerten ihre Nachbarn«). Zu den aktuellen Forschungen und Aktivitäten von FORENA siehe das auch online erhältliche »Forena-Forum« (www.forena.de).
- 8 Zwei weitere prinzipielle Unterschiede sind: Die Fokussierung auf die Opfergruppe (die Mahn- und Gedenkstätte erinnert ausdrücklich an alle NS-Verfolgten) sowie, begünstigt durch die Arbeit und Ausrichtung des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus, die ausführliche Beschäftigung mit der Zeit nach 1945 bis in die Gegenwart.
- 9 Siehe hierzu Habbo Knoch: Wohin, Gedenkstätten? In: gedenkstättenrundbrief Nr. 178 (6/2015), S. 3–8.
- 10 Vgl. u.a. Oliver von Wrochem: Die zeitliche Distanz zu den NS-Verbrechen als Herausforderung für die Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 179 (10/2015), S. 3–14.
- 11 Für die letzte Deportation vom 18. 9. 1944 ist keine Namensliste überliefert.
- 12 Aus archiv- und bildrechtlichen Gründen ist es aktuell nicht möglich, diese Datenbank online zu präsentieren. Der Verf. hofft, für diesen unbefriedigenden Zustand mittelfristig eine Lösung zu finden.
- 13 Über den Standort der Tröge (Bibliothek oder Campusgelände) entbrannte eine längere, teils hitzige Diskussion (vgl. u.a. Westdeutsche Zeitung, 2. 9. 2015, Rheinische Post, 4. 9. 2015), die an dieser Stelle nicht dokumentiert werden kann, aber in erinnerungskultureller Hinsicht nähere Betrachtung verdiente (dokumentiert im Pressespiegel auf www.erinnerungsort-duesseldorf.de).

Das Zeitgeschichte MUSEUM der voestalpine AG

Christa Kochendörfer



Blick in das Zeitgeschichte MUSEUM.
Fotos: voestalpine
Stahlwelt GmbH

Unmittelbar nach der militärischen Besetzung Österreichs durch die deutsche Wehrmacht 1938 gab die neue politische Führung die Errichtung überdimensionierter Industrieprojekte in Auftrag. Hinter diesen Entscheidungen standen primär kriegswirtschaftliche Interessen. Der Spatenstich zur Errichtung der »Reichswerke Hermann Göring AG Berlin – Standort Linz« am 13. Mai 1938 lässt sich in die nationalsozialistische Konzeption der Ausbeutung von Ressourcen für das Deutsche Reich einreihen. Wirtschaftliche Verbindungen der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie zu Deutschland bestanden bereits seit Jahren. So besaßen Ruhrindustrielle seit Frühjahr 1921 die Aktienmehrheit der steirischen Alpine-Montan-Betriebe.

Linz nahm in den Plänen der NS-Strategen einen besonderen Stellenwert ein. Die überwiegend von Kleingewerbe dominierte Stadt mit rund 112 000 Einwohnern (Stand 1937) sollte ein wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der »Ostmark« werden. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Ostmark wurden nach dem Anschluss Österreichs 100 Millionen Reichsmark in ein Arbeitsbeschaffungsprogramm investiert. Der Gründung der Hütte Linz, die ursprünglich für einen Standort in Franken geplant war, gingen heftige Auseinandersetzungen mit der privaten deutschen Eisen- und Stahlindustrie voraus, welche die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit dieser Investitionen grundsätzlich bezweifelte und sich von den staatlichen Hermann-Göring-Werken (HGW) auch politisch abgedrängt fühlte.

In den Vorstellungen führender Nationalsozialisten und der Wehrmacht war das Streben nach Autarkie wesentliches Element der Kriegsvorbereitung. Im Rahmen des (zweiten) »Vierjahresplanes« sollte die Ausbeutung und Verarbeitung inländischer Erze stark ausgeweitet werden – im Falle des Linzer Hüttenwerkes vor allem die Erzvorkommen des steirischen Erzbergs. Dieses stellte das größte und qualitativ beste Erzlager

des »Dritten Reiches« dar. Die Einwände der deutschen Stahlindustrie entsprachen einer wirtschaftlichen Logik, auch die Standortwahl war nicht unproblematisch.

Im März 1939 verkaufte die unter starkem politischen Druck stehende Düsseldorfer »Vereinigte Stahlwerke AG« 56% des Aktienkapitals der Alpine Montangesellschaft an die Reichswerke-Hermann-Göring. Zeitgleich mit der Übernahme eines Großteils der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie wurde der Sitz der neuen Gesellschaft nach Linz verlegt und der Name auf »Reichswerke AG Alpine Montan AG Hermann Göring Linz« geändert. Der Standort Linz erfuhr dadurch eine enorme Aufwertung.

Die »Reichswerke Hermann Göring AG Berlin«, verfügten am Standort Linz über fünf unterschiedlich große Unternehmen: Die Hauptverwaltung der Reichswerke als Muttergesellschaft aller Standorte in Österreich, die Hütte Linz, die Eisenwerke Oberdonau als Rüstungsunternehmen und »Panzerschmiede«, die Stahlbau Linz als Engineering- und Montagebetrieb zum Bau der Werke sowie die Versorgungsbetriebe der Hütte Linz, welche die Belegschaften mit Lebensmitteln, Textilien und anderen Produkten versorgten. Die Eisenwerke Oberdonau unterhielten ab 1943 die größte Produktionsstätte zur Fertigung von Panzergehäusen und Panzertürmen für die Typen Panther und Panzer IV. Das Werk war Zulieferer für die sogenannten »Nibelungenwerke« in St. Valentin (Österreich), aber auch für MAN in Nürnberg und andere Betriebe der Panzermontage in Deutschland. Das wirtschaftliche Ergebnis der Eisenwerke, ebenso wie das der übrigen Betriebe der Linzer Reichswerke war höchst negativ. Der Aufbau der Werke verschlang mehr Stahl als bis Kriegsende überhaupt erzeugt werden konnte. Das Werk in Linz blieb ein Torso, Ende 1941 wurde ein Hochofen angeblasen, das Stahlwerk nur teilweise in Betrieb genommen und das Walzwerk fehlte gänzlich.

Hintergründe der Einrichtung des Zeitgeschichte MUSEUM

Die ersten ausländischen Arbeiter für den Werksbau trafen am 3. August 1938 in Linz ein. Bis Kriegsende waren rund 38 000 Männer, Frauen, Jugendliche, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus mehr als dreißig Nationen als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter für den Bau der Hermann-Göring-Werke in Linz eingesetzt. Ihre Schicksale stehen in engem Kontext mit der städtebaulichen und ökonomischen Entwicklung der Stadt Linz. Die Spuren, die im öffentlichen Raum hinterlassen wurden, sind heute noch offensichtlich. Persönliche Schicksale, die hinter diesen Spuren stehen, der Zwangscharakter und das Ausmaß des Arbeitseinsatzes wurden hingegen lange Zeit verdrängt und sind im allgemeinen Bewusstsein nur wenig präsent. Den Menschen, ihren Schicksalen und Erinnerungen widmet sich das Zeitgeschichte MUSEUM der voestalpine in Linz. Die NS-Zwangsarbeit, von den Nationalsozialisten verharmlosend als »Arbeitseinsatz« bezeichnet, war ein durchdachtes System, das die Arbeitskraft von Millionen Menschen exzessiv und schonungslos ausnutzte.

Infolge einer Reihe von Sammelklagen, eingebracht von US-amerikanischen Anwälten im Namen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, welche Entschädigungen für die in der NS-Zeit geleistete Zwangsarbeit forderten, wurden Ende der 1990er-Jahre in einem Hochbunker auf dem Werksgelände der voestalpine AG in Linz 38 000 NS-Personal- und Lohnunterlagen ausgehoben. Diese Akten dienten als die Grundlage für ein umfassendes Forschungsprojekt zur NS-Zwangsarbeit am Standort Linz. Der voestalpine-Konzern beauftragte 1998 ein Team von unabhängigen Wissenschaftlern diese Dokumente zu bearbeiten.

2001 wurde mit der Publikation »NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der »Reichswerke Hermann Göring AG Berlin« 1938–1945«, der Endbericht zur Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der österreichischen Zeitgeschichte vorgelegt.¹

Im Bestreben, einen dauerhaften Ort der Erinnerung, einen Lern- und Gedenkort für Schüler, Studenten, Wissenschaftler und die eigenen Mitarbeiter zu errichten, wurde im Oktober 2014 die »Zeitgeschichteausstellung 1938–1945« – gewidmet den NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeitern am Standort Linz der »Reichswerke Hermann Göring AG Berlin« eröffnet. Das Zeitgeschichte MUSEUM der voestalpine zu etablieren, ist zuallererst ein dauerhaftes Zeichen des Respekts gegenüber dem Schicksal jener Tausenden Menschen, die in der NS-Zeit unter unvorstellbaren Bedingungen am Aufbau und Betrieb des Standortes Linz der »Reichswerke-Hermann-Göring AG Berlin« beteiligt waren.

Im Vorwort zum Ausstellungskatalog des Museums beschreibt Wolfgang Eder, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der voestalpine AG, das Bekenntnis des Unternehmens zu diesem dunklen Kapitel der Geschichte: »Mit der uneingeschränkten und umfassenden Aufarbeitung des zweifellos schwärzesten Abschnitts unserer Geschichte haben wir um die Jahrtausendwende begonnen. Sich mit den Jahren des Nationalsozialismus von 1938 bis 1945 auseinanderzusetzen, in denen die Linzer Eisen- und Stahlindustrie – und damit der auch heute noch größte Einzelstandort unseres Konzerns – als Teil der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin entstand, und diese Periode gleichzeitig als jene Zeit zu akzeptieren, in der unsere Unternehmensgeschichte begründet wurde, war zunächst über viele Jahre ein umstrittener Ansatz und für uns selbst letztlich auch ein schmerzhafter Erkenntnisprozess. Zur geschichtlichen Wahrheit gibt es jedoch keine Alternative. Die Geschichte endet nicht mit uns. Unser Auftrag ist es, sie an die nächsten Generationen weiterzugeben und vor allem dafür zu kämpfen, dass sich zumindest ihre traurigsten Kapitel nicht wiederholen. Nur wenn wir Lehren aus der Geschichte ziehen und entsprechend handeln, haben wir sie verstanden.«²

Die Forschungsergebnisse der Historikerkommission betreffen die Jahre 1938 bis 1945. Die Bestände des »Dokumentationszentrums der voestalpine AG« und fundierte Rechercharbeit in staatlichen und privaten Archiven bilden die Grundlage dieser Dauerausstellung. Seit der Verleihung des »Österreichischen Museumsgütesiegels« 2015 führt die Dauerausstellung den Titel »Zeitgeschichte MUSEUM« und ist integraler Bestandteil der voestalpine Stahlwelt GmbH.

In den Räumlichkeiten des Zeitgeschichte MUSEUM erwarten die Besucher vier chronologisch und thematisch aufeinander abgestimmte Ausstellungsbereiche. Vom Spatenstich der Linzer »Hermann-Göring-Werke« am 13. Mai 1938 bis zur Befreiung der Stadt durch die US-Armee und die Gründung der »Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke« (VÖEST) spannt sich der zeitliche Horizont, der mit Originaldokumenten, Film- und Bildmaterial sowie zahlreichen, auch hörbaren Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hinterlegt ist.

Bereich I – Nationalsozialismus und Linz

Am 12. März 1938 marschierte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein. Auf persönlichen Wunsch Hitlers wurde die Entwicklung seines »Heimatgaaues« Oberdonau (entspricht zum Großteil dem heutigen Oberösterreich) sowie der Stadt Linz vorangetrieben. Als eine der fünf »Führerstädte« sollten Kultur- und Prachtbauten das zukünftige

Entlassungsantrag

für das Gefolgschaftsmitglied: **Dryzner Anni** 90 115
 geb. 5.11.25, **Polin** Zuname **Anni** Vorname Gefo-Nr.

1. Betrieb	Betrieb Abt.: Hausverwaltung	
10.2.44	Grund des Austritts: Überführung in das Konzentrationslager Auschwitz	<i>[Handwritten Signature]</i>
<small>Datum</small>	Austritt soll erfolgen am: 10. Februar 1944	<small>Betriebsleiter</small>
2. Gefo-A	Entpflichtung liegt vor Zustimmung des Arbeitsamtes ist noch einzuholen	
10.3.44	An Vertragsfirma <i>Ges. B. u. M. d. B. mit geschulten</i> einsetzen.	<i>[Handwritten Signature]</i>
<small>Datum</small>	Entlassung ist am: 10.2.44 zu vollziehen.	<small>Leiter der Gefo-L</small>
3. Gefo-L		<i>[Handwritten Signature]</i>
<small>Datum</small>		<small>Leiter der Gefo-L</small>
4. Betrieb	Werkzeuge und sonstige werkeigene Gegenstände wurden abgeliefert.	
10.2.44	An Gefo-L zur Entlassung am: 10. Februar 1944	<i>[Handwritten Signature]</i>
<small>Datum</small>		<small>Folgebüro</small>
5. Mob.-Büro	Mob-Kartei bereinigt.	
<small>Datum</small>		<small>Sachbearbeiter</small>
6. Wohnlager-Verwaltung	Im Wohnlager Nr. <i>100</i> ordnungsmäßig abgemeldet <i>Kaput</i>	
	Für lfd. Monat ist an Miete <i>AK</i> einzuziehen <i>unp. abgez.</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
<small>Datum</small>	Bescheinigung für Ernährungsamt ausgehändigt.	<small>Sachbearbeiter</small>
7. Hauptlager	Nach der letzten Bezugsmeldung vom <i>7. II. 44</i>	
3. II. 44	wurden bis zum Austritt weitere Waren im Werte von <i>AK</i> bezogen.	<i>[Handwritten Signature]</i>
<small>Datum</small>		<small>Sachbearbeiter</small>
8. Werkseicherung	Werksausweis Nr. <i>928596</i> eingezogen am: <i>18.3.44</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
18.3.44		<small>Sachbearbeiter</small>
<small>Datum</small>		
9. Gefo-L	Arbeitsbuch Nr.: <i>17809/13476</i> ausgehändigt an Lohnbüro am: <i>17. II. 44</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
	Abmeldung von AOK am: <i>10.3.44</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
14.3.44	Meldung an Arbeitsamt am: <i>10.3.44</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
<small>Datum</small>	Personalkarte abgestellt am: <i>RI</i>	<small>Leiter der Gefo-L</small>
	Karteiregister berichtigt am: <i>RI</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
	Akte abgestellt am: <i>RI</i>	<small>Leiter der Gefo-L</small>
10. Lohnbüro	Restlohn in Höhe von <i>AK</i> ausgehändigt überwiesen am: <i>10.3.44</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
	In die Steuerkarte ist einzutragen: <i>AK</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
	Im lfd. Kalenderjahr bei uns beschäftigt gewesen von <i>10.3.44</i> bis <i>10.3.44</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
	Bruttoverdienst insgesamt <i>AK</i> Lohnsteuer <i>AK</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
	Sachstehende Arbeitspapiere wurden ausgehändigt übersandt	<small>Lohnbüroleiter</small>
	1. Steuerkarte Nr. <i>1</i> mit den Eintragungen	<i>[Handwritten Signature]</i>
	2. Invalidenkarte Nr. <i>1</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
	3. UAF Buch	<i>[Handwritten Signature]</i>
	4. <i>Steuerkarte nicht abgeben</i>	<i>[Handwritten Signature]</i>
12.3.44		<small>Leiter des Lohnbüros</small>
<small>Datum</small>		
11. Adroma	Adromaplatte abgestellt am: <i>10.3.44</i>	<small>Sachbearbeiter</small>
12.3.44		
<small>Datum</small>		
12. Gefo-Mitglied	Meine neue Anschrift lautet:	
	Ich erkläre hiermit, daß ich alle Arbeitspapiere erhalten und an die Eisenwerke Oberdonau G. m. b. H. keine Ansprüche mehr habe.	<small>Unterschrift</small>
<small>Datum</small>		

Lohnbüro

Austritt am:
10. 2. 1944

Entlassungsantrag der Eisenwerke Oberdonau wegen Überführung einer polnischen Zwangsarbeiterin in das Konzentrationslager Auschwitz. Abbildung: Dokumentationszentrum der voestalpine AG (Katalog ZGM, S. 104)

tige Stadtbild prägen. Bereits am 13. Mai 1938 erfolgte der Spatenstich für eines der größten Industrieprojekte der Nationalsozialisten in der damaligen »Ostmark«. Für ein Eisen- und Stahlwerk dieser Größe kam in Linz nur ein Standort in Frage: St. Peter-Zizlau, eine weiträumige, agrarisch geprägte Siedlung im flachen Südosten der Stadt, unmittelbar an der Donau gelegen. Wiesen, Felder, Bauernhöfe, Ausflugsgasthäuser, eine Kirche, eine Schule und ein paar Gewerbebetriebe prägten den beschaulichen Ort. Rasch leiteten die Verantwortlichen der Hermann-Göring-Werke im April 1938 die Ablöseverhandlungen ein. Zur Umsiedlung wurden den Ortsansässigen Ersatzwohnungen in Aussicht gestellt, den Bauern wurden Grundstücke im Umland angeboten. Insgesamt wurden 4500 Menschen ohne große Vorwarnung umgesiedelt.

Die Linzer Werke wurden von den NS-Verantwortlichen von Anfang an für ihre politische Propaganda genutzt. Schon der Spatenstich, von Hermann Göring persönlich durchgeführt, war ein gesellschaftliches Ereignis, das öffentlichkeitswirksam inszeniert wurde. Fortan waren die Werke beliebtes »Ausflugsziel« der NS-Eliten. Adolf Hitler und Hermann Göring inspizierten mehrmals die Bauarbeiten am Standort Linz. Die Bilder der NS-Propaganda vermittelten eingängige Botschaften: Aufschwung, Modernisierung, Arbeit und Wohlstand.

Bereich II – Zwangsarbeit und ihre Erscheinungsbilder

Ohne ausländische Arbeitskräfte, die zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, hätten weder der Linzer Standort der HGW gebaut, geschweige denn die Rüstungsgüter erzeugt werden können. Die Linzer Hermann-Göring-Werke nahmen eine besondere Stellung in der NS-Beschäftigungspolitik ein. Im Vergleich zu anderen industriellen Zentren des Deutschen Reichs waren in Linz im Laufe des Zweiten Weltkriegs übermäßig viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Einsatz. In dem zweiten Ausstellungsbereich werden die allgemeinen Grundlagen der Zwangsarbeit im »III. Reich« dargestellt.

Nach Kriegsbeginn wurden die NS-Arbeitsämter zu Hauptakteuren bei der Organisation der Zwangsarbeit. So organisierten sie die Anwerbeaktionen in den besetzten Gebieten. Allerdings meldeten sich trotz der massiven Propaganda nur wenige Freiwillige für den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich. Die Folge daraus waren Druck und Drohungen seitens der NS-Behörden sowie regelrechte Menschenjagden, ausgeführt von »Greifkommandos«, zusammengestellt aus Einheiten der Wehrmacht und der SS im Auftrag der Arbeitsämter, die sowohl Frauen und Jugendliche als auch fallweise sogar Kinder betrafen.

Jewdokia Rosdobudko, eine zum Zeitpunkt ihrer Deportation 16-jährige Ukrainerin berichtet: »Mit vorgehaltenem Maschinengewehr sind wir zum Dorfgebäude marschiert. Dort standen schon viele andere Jugendliche. Nicht einmal von unseren Eltern konnten wir uns verabschieden oder irgendetwas von zu Hause mitnehmen.«³

Sogenannte »Ostarbeiter«, Menschen aus den besetzten Gebieten des europäischen Teils der Sowjetunion, und Polen wurden oft ohne ausreichende Verpflegung und sanitäre Einrichtungen in geschlossenen Güterwaggons ins Deutsche Reich verbracht. Die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen berichten in Interviews, wie sie nach tagelanger Bahnfahrt in Durchgangslagern gynäkologisch untersucht wurden und nackt vor einer »Kommission« von Männern defilieren mussten. Ein Prozess, den Zeitzeuginnen als unglaublich entwürdigend beschreiben.



In den Hörräumen des Zeitgeschichte MUSEUMs kommen die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu Wort



Schülerinnen beim Studium der Originaldokumente im Zeitgeschichte MUSEUM



Schülerinnen lauschen den in Interviews geschilderten Lebenserinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Fotos: voestalpine Stahlwelt GmbH

Von den Löhnen über die Verpflegung bis zur Freizeit wurde alles nach rassistischen Gesichtspunkten reglementiert. Für gleiche Arbeit bedeutete das schlechte und je nach Nationalität und Ethnie unterschiedliche Entlohnung und Verpflegung. Die Ungleichbehandlung der einzelnen Zwangsarbeitergruppen führte zu einer starken Entsolidarisierung.

Deutsche wurden von der NS-Propaganda zu »Herrenmenschen« stilisiert, woraus das Recht abgeleitet wurde, »niedrig stehende« Rassen zu diskriminieren. Zur Durchsetzung des Zwangssystems setzte man auf Repression und militärische Befehlsstrukturen. Unerlaubtes Fernbleiben und Arbeitsflucht wurden streng bestraft. Ähnlich verhielt es sich mit Störungen und Pannen in der Produktion, bei denen sofort der Verdacht der Sabotage im Raum stand. Je nach Schwere der Verfehlungen gab es unterschiedliche Maßnahmen von der Verwarnung über Geldbußen bis zur Einweisung in ein Arbeitserziehungslager (AEL) oder ein Konzentrationslager. Im Unterschied zu Konzentrationslagern war die Aufenthaltsdauer im AEL auf maximal acht Wochen beschränkt. Durch harte Arbeit, Gewaltanwendung und unzureichende Ernährung sollten die Häftlinge rasch »gebrochen« werden. Wer die Torturen der SS-Wachmannschaften überlebte, kehrte nach dem Lageraufenthalt an seinen Arbeitsplatz zurück. Im Linzer Stadtteil Schörgenhub entstand 1943 ein solches, von Geheimer Staatspolizei (Gestapo) und SS betriebenes Lager. Die Häftlinge kamen mehrheitlich aus den Linzer »Hermann-Göring-Werken«, wo ihnen »Arbeitsvertragsbruch« oder Sabotage zur Last gelegt wurde. In den Verlautbarungen des NS-Regimes wurde beispielsweise zu diesen Strafmaßnahmen folgendes vermerkt:

»Die Praxis hat gezeigt, dass die Anwendung der verschärften Haft bei Verfehlungen polnischer Zivilarbeiter eine gute Wirkung hat, sofern kein zu großer Arbeitsausfall damit verbunden ist.«⁴

Viele ehemalige Internierte bezeichneten die Arbeitserziehungslager als »KZs der Gestapo«, denn die SS-Wachmannschaften agierten mit brutaler Gewalt und Willkür. George (Jerzy) Slazak aus Lodz, als 15-jähriger zwangsverpflichtet zur Arbeit im Deutschen Reich und in den Hermann-Göring-Werken in Linz eingesetzt, überlebte das Arbeitserziehungslager nur knapp. In seiner Biografie beschreibt er das nahezu tägliche Sterben von Häftlingen an Erschöpfung und Entkräftung sowie die Tötung von Insassen durch die SS oder durch Kapos.

Bereich III – Das menschliche Schicksal Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter

Seit Juni 1942 brachten die Transportzüge viele Männer aus den besetzten Gebieten der ehemaligen Sowjetunion nach Linz, ebenso eine steigende Zahl von jungen Frauen. Im August 1942 waren 1662 Frauen und 956 Männern registriert. Sie kamen aus Russland, der Ukraine und aus Weißrussland, wurden in der NS-Terminologie »Ostarbeiterinnen« genannt und bildeten die zahlenstärkste Gruppe der im Deutschen Reich, auch im Gau Oberdonau, eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte.

Linz fungierte als »Versuchsstätte« beim Umgang mit den Kindern der Ostarbeiterinnen und Polinnen. Weil die Frauen möglichst rasch wieder arbeiten sollten, wurden ihnen ihre Kinder vor dem Ende des Mutterschutzes weggenommen und in »fremdvölkischen Säuglingsheimen« untergebracht. Die Kinder litten an Unterernährung, Krankheiten und Infektionen.

Viele Säuglinge verstarben in den Säuglingsheimen – die, die überlebten, wurden nach Kriegsende von einheimischen Familien adoptiert. Bis heute wissen viele dieser »Heimkinder« nichts über das Schicksal ihrer leiblichen Eltern. Um die Arbeitskraft der Frauen zu erhalten, setzte das NS-Regime auch auf Abtreibungen. Schritt für Schritt wurden die Abtreibungsbestimmungen für Polinnen und Ostarbeiterinnen gelockert.⁴ Erlaubt waren Eingriffe bis zum 5., später bis zum 7. Monat der Schwangerschaft.

Im Mai 1943 kam es zu den ersten Schwangerschaftsabbrüchen in der Linzer Frauenklinik. Am Beispiel der Ostarbeiterin Raissa S., bei der innerhalb von zwei Jahren fünf Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen wurden, wird deutlich, dass angesichts der komplexen Zwangssituation jede Spekulation um Freiwilligkeit verstummt. Die Regelungen für schwangere ausländische Arbeiterinnen und vor allem für ihre hier geborenen Kinder wurden erstmals im Gau Oberdonau erlassen und später im ganzen Reich angewendet.

Der sexuelle Kontakt zwischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern sowie der einheimischen Bevölkerung sollte grundsätzlich unterbunden werden. Ein Mittel zur »Reinhaltung des deutschen Blutes« war die Einrichtung »fremdvölkischer« Bordelle. So eröffnete im März 1941 in Linz eines der ersten Bordelle, wo vor allem junge Frauen aus dem benachbarten »Protektorat Böhmen und Mähren« als Prostituierte arbeiten mussten. Inländischen Arbeitskräften war der Zutritt zu diesen Etablissements verboten. Die Organisation des Bordellsystems in Oberdonau galt reichsweit als vorbildlich.

Kriegsgefangene

Im Mai 1944 verzeichnete das Gau-Arbeitsamt Oberdonau 30 225 in der Wirtschaft eingesetzte Kriegsgefangene. Ihr Haupteinsatzgebiet waren die Landwirtschaft und die Bauindustrie. Facharbeiter unter Ihnen arbeiteten aber vor allem in der Rüstungsindustrie. Die größte Gruppe bildeten in den Hermann-Göring-Werken die französischen vor den sowjetischen Kriegsgefangenen. Die genaue Zahl der in den Linzer Werken eingesetzten Kriegsgefangenen konnte aufgrund fehlender Unterlagen nicht eruiert werden.⁵

Kriegsgefangene wurden nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen. In das Arbeitsverhältnis mit den Unternehmen trat das jeweilige Stammlager, welches auch den Lohn erhielt und nach Abzug aller Kosten ein sogenanntes »Lagergeld« an die Kriegsgefangenen zahlte. Die Unternehmen mussten weder Kranken- noch Rentenversicherung bezahlen, da die Kriegsgefangenen bei Krankheit entweder im Stammlager oder in einem Lazarett behandelt wurden. Kriegsgefangene waren gegenüber Zivilarbeitern, auch wenn es sich um Zwangsarbeiter handelte, benachteiligt.

Polen und Ostarbeiter

Polen und Ostarbeiter galten als »rassisch minderwertig« und standen in der Hierarchie unter den westeuropäischen Zwangsarbeitern. Durch die 1940 eingeführten »Polen-Erlasse« wurde ein Regelwerk für den Arbeitseinsatz von polnischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen und das Verhalten der Bevölkerung gegenüber Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern geschaffen. Die Gestaltung des Arbeitsalltags war infolgedessen von Regelungen und Sanktionen geprägt, die von den Arbeitgebern unterschiedlich ausgelegt und verändert werden konnten. Nach diesem Vorbild wurden auch die »Ostarbeiter-Erlasse« beschlossen, welche noch strenger formuliert waren und ebenso einen Einschnitt in den Alltag jener Menschen bedeutete.

KZ-Häftlinge

Auf dem Werksgelände der Hermann-Göring-Werke in Linz befanden sich zwei Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen. Während das Lager Linz I, bestehend aus drei gemauerten Häftlingsunterkünften, als vergleichsweise »gute« Unterkunft galt, bestand das KZ-Außenlager Linz III aus alten Holzbaracken im Überschwemmungsgebiet des Flusses Traun. Ungezieferplagen, Terror der Wachmannschaften und völlig unzureichende Ernährung führten zu unzähligen Todesfällen. KZ-Häftlingen war bei Bombenangriffen der Zugang zu Luftschutzräumen verwehrt, sodass bei einem Luftangriff am 25. Juli 1944 140 Häftlinge ums Leben kamen. Auch die gefährlichen Aufräumarbeiten sowie die Entschärfung von »Blindgängern« wurden von KZ-Häftlingen geleistet.

»Viele Häftlinge aber auch viele SS-Wachmannschaften kamen bei diesem Angriff ums Leben. Ich höre das heute noch, wie die unter der Verpölung eingeklemmten Kameraden jämmerlich um Hilfe schreien. Im Splittergraben lagen abgerissene Hände und Füße, hervorquellende Gedärme, zerquetschte Körper.«⁶

Jugendliche

Der steigende Arbeitskräftemangel führte ab Sommer 1941 zu Zwangsrekrutierungen von Kindern und Jugendlichen, vor allem von Minderjährigen aus Polen und den Gebieten der damaligen Sowjetunion. Die Deportationen bedeuteten das Ende der Kindheit. Harte Arbeit, Misshandlungen, schlechte Ernährung und Heimweh führten zu zahlreichen Fluchtversuchen von Jugendlichen, welche mit der Einweisung in das Arbeitserziehungslager bestraft wurden.

Die Hermann-Göring-Werke in Linz hielten den Arbeitszeit-Rekord im Deutschen Reich. Teilweise lag die tägliche Arbeitszeit bei bis zu 16 Stunden. Bei vielen Jugendlichen führte die Kombination aus extremer körperlicher Anstrengung und Mangelernährung zu deutlichen Entwicklungsstörungen.

Bereich – IV Zerstörung und Wiederaufbau

Mit der alliierten Landung auf Sizilien am 10. Juli 1943 lagen die »Alpen- und Donau-reichsgaue« im Einsatzradius der amerikanischen und britischen Bomberverbände. Zwischen Juli 1944 und April 1945 flogen alliierte Verbände 22 Luftangriffe auf Linz – Hauptangriffsziel war dabei das Gelände der Hermann-Göring-Werke. In den unvollständigen Aufzeichnungen der HGW wurden insgesamt 222 Todesopfer vermerkt – davon 114 Ausländer, 65 Menschen unbekannter Nationalität sowie 43 Inländer. Keine Erwähnung fanden tote KZ-Häftlinge.

Am 19. März 1945 gab Adolf Hitler den Befehl für »Zerstörungsmaßnahmen im Reichsgebiet«, den sogenannten »Nero-Befehl«. Zwar konnte in Linz die geplante Sprengung des Werkes verhindert werden, allerdings hatten die Bombenangriffe beträchtliche Schäden an den HGW verursacht. Dennoch waren wichtige Teile der Anlagen beinahe unversehrt geblieben.

Anfang Mai 1945 arbeiteten in den Hermann-Göring-Werken rund 20 000 Menschen, davon etwa zwei Drittel Ausländer. Dazu kamen noch mehrere tausend Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. In den folgenden Monaten berichteten Zeitungen über zahlreiche, während der NS-Zeit begangene Verbrechen – dem Schicksal der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurde hingegen keine Aufmerksamkeit zuteil. Für



Eine Schulklasse sieht den Einführungsfilm zum Thema »Zwangsarbeit in den Hermann-Göring-Werken«, welcher vor jeder Führung gezeigt wird. Fotos: voestalpine Stahlwelt GmbH

viele, insbesondere für ehemalige »Ostarbeiter«, war der Leidensweg nicht zu Ende. In ihrer Heimat warf man ihnen Kollaboration vor, nach Verhören in »Filterlagern« deportierte man die Rückkehrer in Arbeitslager, andere lebten als »Ausgestoßene« am Rande der Gesellschaft. Einige litten bis ins hohe Alter an den Folgen ihres NS-Arbeitsinsatzes. »Wir gingen in Gruppen auf Nahrungssuche. Von den Amerikanern bekamen wir überhaupt nichts zu essen. Weil wir fast alle Russen waren, baten wir sie dann, uns in die russische Besatzungszone zu schicken.«⁷

Christa Kochendörfer ist seit 2015 als Koordinatorin im Zeitgeschichte MUSEUM der voestalpine zuständig für externe Kommunikation und Kooperationen.

Zeitgeschichte MUSEUM

voestalpine-Straße 1 | 4020 Linz | Austria | www.voestalpine.com/zeitgeschichte

Historische Anfragen richten Sie bitte an:

Leonhard Woldan | Group Communications | voestalpine AG

voestalpine-Straße 1 | 4020 Linz, Österreich

Telefon +43 50304 15-8020 | Mobil +43 664 88323340

grouphistory@voestalpine.com

- 1 Oliver Rathkolb (Hg.), Autoren: Karl Fallend, Christian Gonsa, Gabriella Hauch, Michael John, Josef Moser, Bertrand Perz, Michaela C. Schober: NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der »Reichswerke Hermann Göring AG Berlin« 1938–1945, 2 Bde., Linz 2001. Diese Publikation ist Grundlage der im Folgenden beschriebenen historischen Ereignisse.
- 2 Katalog »Zeitgeschichte MUSEUM«, Hg. voestalpine AG, Linz 2014, S. 1
- 3 Brief A. Rosdobudko im Namen von Jewdokija Rosdobudko an Karl Fallend, Übersetzung aus dem Russischen Natascha Bodnar, Dokumentationszentrum der voestalpine AG
- 4 Staatsarchiv Sigmaringen, Erlasse, Geheime Staatspolizei, IIE-3664/41, Stuttgart, 8. August 1941
- 5 Rathkolb, Oliver, et al. (Hg.): NS-Zwangsarbeit. Der Standort Linz der »Reichswerke Hermann Göring AG Berlin« 1938–1945, Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar 2001, S. 337
- 6 Ottokar, Merinsky, Erinnerungsbericht BMI Archiv Mauthausen. AMM V3/41-1962.
- 7 Boris Trofimenko, ehemaliger Häftling des KZ Linz III in einem Brief an den Sozialpsychologen Karl Fallend 1999, Übersetzung aus dem Russischen von Vitali Bodnar.